



walmanach Wien 2015

Parteien, Programme und SpitzenkandidatInnen

SPÖ

Sozialdemokratische Partei Österreichs

Wien

Obmann
ParteisekretärInnen

Michael Häupl
Georg Niedermühlbichler
Katharina Schinner

Spitzenkandidat(In)
2. Listenplatz
3. Listenplatz
4. Listenplatz
5. Listenplatz

Michael Häupl
Renate Brauner
Michael Ludwig
Sonja Wehsely
Christian Oxonitsch

Ausrichtung
Lager
Kandidatur
Gründung

sozialdemokratisch
Sozialdemokraten
Wahlvorschlag
30.12.1888

Stimmenanteil (2010) **44.3 %**
Mandate (2010) **49 Mandate**

Höchstes Ergebnis **60.1 % (1963)**
Niedrigstes Ergebnis **39.2 % (1992)**

SPÖ Wien
Löwelstraße 18, 1014 Wien

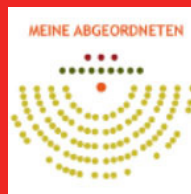
direkt@spoe.at
+43 1 53427

Website <http://wien.spoe.at/>
Parteiprogramm <https://spoe.at/das-spoe-parteiprogramm>
Wahlprogramm <http://2015.spoe.wien/wahlprogramm/>

Facebook <https://www.facebook.com/spoewien>
Twitter https://twitter.com/sp_wien
Youtube <https://www.youtube.com/user/spoew>



Michael Häupl auf meinparlament.at eine Frage stellen
<http://www.meinparlament.at/p/3366/?site=question>



Dossier: Michael Häupl auf meineabgeordneten.at
<http://www.meineabgeordneten.at/Abgeordnete/Michael.Haeupl>



Parteibezeichnung kurz
Parteibezeichnung lang

SPÖ
Sozialdemokratische Partei Österreichs

Mutterpartei Österreich
Europapartei

SPÖ - Sozialdemokratische Partei Österreichs
SPE (Sozialdemokratische Partei Europas)

Die SPÖ Wien ist die Gemeinde- und Landesorganisation der Sozialdemokratischen Partei Österreichs in Wien und zugleich mit 100.000 Mitgliedern die größte Stadtpartei der Welt (mit 33 % Mitgliederanteil an der Bundespartei). Seit 1945 stellt sie durchgehend den Bürgermeister und verlor dabei nur zweimal (1996 und 2010) die absolute Mandatsmehrheit im Landtag. Außerdem stellte sie in jedem Bezirk mindestens einmal den Bezirksvorsteher. Aktueller Vorsitzender der SPÖ Wien ist seit 1994 Bürgermeister Michael Häupl, Landespartei sekretär ist Georg Niedermühlbichler.

Bei der Gemeinderatswahl 2005 konnte man zwar leichte Gewinne erzielen, das Ergebnis lag aber unter den Prognosen der Meinungsforschungsinstitute. Bei der Gemeinderatswahl 2010 verlor die Wiener SPÖ mit 44 % die absolute Mehrheit im Landtag und ging eine Koalition mit den Grünen unter Maria Vassilakou ein.



SPÖ Wahlprogramm Wien 2015 (Auszug)

Wir haben die Wahlprogramme in den Kategorien Arbeit, Bildung, Jugend und Integration analysiert. In einigen Fällen sind diese Themenbereiche jedoch in anderen Kategorien inkludiert. Daher wurden der Vollständigkeit auch weitere Kategorien aufgenommen, aus denen Inhalte entnommen werden können. Vollständige Wahlprogramme finden Sie auf den entsprechenden Webseiten der Parteien.

Arbeit und Wirtschaft

- Gegen Lohn- und Sozialdumping und prekäre Arbeitsverhältnisse vehement vorgehen
- Steuerflucht bekämpfen und Steuern bei Mittelschicht und unteren Schichten weiter entlasten.
- Keine Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen.
- Unternehmen mit langfristigen Investitionen in Wien Steueranreize geben.
- Mit der Wiener Ausbildungsgarantie gibt die SPÖ jeder und jedem Jugendlichen die Chance auf einen guten Start ins Berufsleben.
- Die 35-Stunden-Woche. Mehr Zeit für Leben und weniger für Arbeit.
- Mehr sozialer Wohnbau, mehr Geld für Bildung, Gesundheit und Infrastruktur und stärkere Förderung von innovativen Geschäftsmodellen.
- Mit dem Vienna Start Up-Package mit Förderungen, der kostenlosen Beratung und der Erleichterung zur Unternehmensgründung, möchte die SPÖ alles tun, damit Menschen mit guten Ideen den bestmöglichen Rahmen haben, diese umzusetzen.

Umwelt

- Neue Grünräume und Erholungsgebiete schaffen.
- Jede Wienerin und jeder Wiener soll in 2 Minuten einen Grünraum erreichen können.
- Sicherung des freien Wasserzugangs für alle BürgerInnen.
- Realisierung von schwimmenden Gärten am Donaukanal.
- Verdoppelung der Wasserspielplätze bis 2025.
- Wasserversorgung und Abfallbewirtschaftung vor Privatisierung schützen.
- Für eine gentechnikfreie Landwirtschaft.
- CO₂ Ausstoß bis 2025 um ein Drittel senken.

- Erfolgreiche Umwelttechnologien wie die Müllverbrennungsanlage ins Ausland exportieren.
- Mehr Energieeffizienz und Ausbau der erneuerbaren Energie.
- Den öffentlichen Raum für alle zugänglich lassen.
- Tiere besser schützen.
- Jede Hundezone muss in mindestens 7 Minuten erreichbar sein.
- Bestmögliche Betreuung von herrenlosen und heimatlosen Tieren.

Bildung

- Ein Kindergartenplatz für jedes Wiener Kind.
- 50 bis 70 zusätzliche Kindergartengruppen pro Jahr.
- Sprachförderung der Kinder schon ab dem 4. Lebensjahr. Jedes Kind soll am Ende der Schullaufbahn mindestens zwei Sprachen sprechen.
- Ausbau der Ganztagschulen und der Ganztagsbetreuung.
- Akademisierung der Elementarpädagogik.
- Ein Bildungssystem, in dem die individuellen Talente jedes Kindes, die Selbstreflexion und ein glückliches Leben im Vordergrund stehen und nicht egoistisches Profitdenken.
- Gleiche Qualität in allen Schulen durch Unterstützung, wo es Hilfe bedarf und Investition in eine breite Ausbildung der LehrerInnen.
- Den Ideenreichtum der Kinder und Jugendlichen nutzen, durch Formate, die motivieren und die Kinder auf Augenhöhe einbinden.
- Ausbau und Modernisierung des Hochschulsystems.
- Mehr Gestaltungsräume der Schulen, um besser auf die Bedürfnisse der Kinder eingehen zu können.
- Sportanlagen und Freiflächen den Jugendlichen den ganzen Tag zur Verfügung stellen.



- Gratis WLAN in allen Bädern.

Jugend und SeniorInnen

- nicht speziell hervorgehoben - in den anderen Punkten integriert

Integration (Vielfältigkeit)

- Förderung von schnellem Zugang zu Deutschkenntnissen.
- Sozialen Aufstieg durch gleiche Bildungschancen erleichtern.
- Durch den Bau von Gemeindewohnungen Durchmischung in allen Bezirken fördern.
- Durch HausbesorgerInnen und IntegrationsbotschafterInnen Dialog stärken.
- Gegen Hetze, Rassismus und Hassprediger vehement vorgehen.
- Grätzel-Mitbestimmung fördern.
- Mit einem Sozialindex Schulen mit sozialen Herausforderungen besser fördern.
- Bei Integration auf BürgerInnenpartizipation setzen.
- Austauschplattform für Polizei, NGOs und SozialarbeiterInnen schaffen.
- Automatischer Erwerb der Staatsbürgerschaft für in Österreich geborene Kinder.
- Einrichtung eines Menschenrechtsbüros zur Verbesserung von Menschenrechtsthemen.
- Flächendeckender Ausbau von Zivilcourage-Trainings.
- Regenbogenfamilienzentrum für Beratung, Austausch, Vernetzung und Unterstützung schaffen.
- Ehe für alle. Gleichstellung von allen Paaren.

Sicherheit

- Österreichische Neutralität schützen.
- Gemeinsame europäische Entwicklungshilfe für Krisenherde.
- 1000 PolizistInnen mehr für Wien.
- Flüchtlinge gerecht verteilen und in Würde un-

terbringen. Keine Zeltstädte in Wien.

- Atomkraft Nein Danke!
- Keine europäischen Rüstungsverkäufe in diktatorische Länder.
- Demokratiebildung für Jugendliche.
- Enge Zusammenarbeit mit Polizei und Verfassungsschutz, um Terrorismus präventiv zu bekämpfen.
- Direkte Unterstützung von SozialarbeiterInnen, um Familien zu helfen, bevor Situationen eskalieren.
- Vermeidung von Angsträumen und uneinsehbaren Ecken bei der Gestaltung des öffentlichen Raums.
- Wiens Gewaltschutznetz mit den Wiener Frauenhäusern und Frauennotwohnungen finanziell absichern.
- Mehr PolizistInnen mit Migrationshintergrund und mehr Frauen bei der Kriminalpolizei einsetzen.

Kultur

- Gratis Eintritt für Kinder in Wiener Museen.
- Gratis-Konzerte wie das Donauinselfest oder das Popfest erhalten.
- Mit dem Wiener Kulturpass erhalten einkommensschwache Menschen freien Eintritt zu über 200 Wiener Kultureinrichtungen.
- Die Freiheit der Kunst und junge KünstlerInnen fördern.
- Für eine starke öffentliche Kulturfinanzierung.
- Für ein mutiges Stadtbild, in dem Kunst immer einen Platz findet.
- Für mehr Freiräume für die Kreativität der Menschen.
- Für ein reichhaltiges Kunst- und Kulturangebot für ältere Menschen.
- Für eine Förderung Wiens als Filmstadt.
- Für eine Modernisierung des Urheberrechts.
- Für eine Unterstützung der KünstlerInnen auf ihrem Weg in die Selbstständigkeit.
- Die Kofinanzierung und das Crowdfunding bei Kunstprojekten erleichtern.
- Für Kultureinrichtungen für jeden Stadtteil.





Video-Interview auf
neuwal.com/walmanach/wien15/spoe

Michael Häupl

„Und ich glaube, dass Politik, die mit Charakter und Anstand, auf der Basis von Humanität gemacht wird, letztendlich auch honoriert wird.“

Herr Bürgermeister Michael Häupl, vielleicht können Sie sich in ein zwei Sätzen vorstellen. Prinzipiell, die Personen wissen glaube ich, mit wem wir es zu tun haben. Und dann ganz kurz bitte die SPÖ in ein bis zwei Sätzen skizzieren.

Michael Häupl (SPÖ): Naja, natürlich ist es schwierig, sich in ein bis zwei Sätzen zu charakterisieren. Aber, meine Güte. Ich bin jetzt ziemlich lange in der Wiener Stadtregierung. Über zwanzig Jahre Bürgermeister. Ich habe die verschiedensten Phasen dieser Stadtentwicklung mitgestalten können. Von dem Hineinführen in die EU bis hin jetzt zum Leben in der Wirtschaftskrise. Insofern gesehen - glaube ich -, charakterisiert es auch die Wiener SPÖ. Wir sind dazu da, auch in Wirtschaftskrisen für sozial Schwächere da zu sein und für größtmögliche Gerechtigkeit in der Gesellschaft zu sorgen.

Wenn Sie die politische Situation derzeit in Wien beobachten: Was fällt Ihnen auf. Was läuft gut in Wien?

Naja, ich denke, dass wir in vielerlei Hinsicht ganz Gutes zusammenbringen, wenn ich mir die Lebensqualität zum Beispiel anschau. Im Bereich Bildung, im Bereich Wissenschaft und Forschung habe ich um eine um ein Prozent höhere Forschungsquote in Wien als das in Österreich der Fall ist. Im Bereich Kultur, Kunst, Sport, Freizeit - Sport sogar... die Wiener Fußballklubs sind jetzt wieder ganz vorne in der österreichischen Liga. Das ist sehr schön, ist auch richtig so. Also, das läuft im Prinzip ganz gut.

Was nicht so gut läuft... Da will ich nur eines dazu sagen. Weil das andere kommt eh von der Opposition. Ich möchte nicht ihre Arbeit auch noch machen. Ich bin natürlich mit dem Arbeitsmarkt nicht sehr zufrieden. Wir haben noch nie so viele Arbeitsplätze gehabt wie jetzt. Aber wir haben auch schon lange nicht mehr so viele Arbeitslose gehabt. Und das macht mir große Sorge.



Ausgehend jetzt von dieser Analyse: Was sind jetzt konkrete Ideen und Visionen für die nächsten fünf Jahre in Wien. Was wollen Sie da angehen?

Die größte Herausforderung ist zweifelsohne, dass diese Stadt wächst. Denn es ist ja eine tolle Stadt. Und daher kommen jedes Jahr Leute zu uns, die hier wohnen wollen. Und zwar in der Größenordnung von der Einwohnerzahl von Krems an der Donau. Das ist eine Challenge. Weil wir natürlich das Gesamtkunstwerk Stadt so fortschreiten wollen, dass das auch für zwei Millionen Einwohner gilt. Unsere nächste unmittelbare Herausforderung wird sein, dass wir zusammen mit einer europäischen Politik - aber vor allem auch einer österreichischen Politik - nach der Steuerreform, der Nachfragestärkung, auch die Investitionen stärken. Die privaten Investitionen durch Investitionsfreibeträge, durch Forschungsförderungsbeträge für die Industrie. Aber natürlich auch die öffentliche Nachfrage. Das muss man uns lassen. Denn es ist halt ein Unterschied, ob ich - wenn ich einen Kredit aufnehme - in Urlaub fahre oder mein Haus damit baue. Den Unterschied muss man wissen. Und für nachhaltige Investitionen muss man das uns zulassen, uns zubilligen.

Wie wollen Sie zum Beispiel die Flüchtlingspolitik in den nächsten fünf Jahren gestalten. Wie würde das in Wien aus Ihrer Sicht ausschauen?

So wie wir es jetzt tun. In Wien gibt es keine Container, in Wien gibt es kein Chaos. Wir übererfüllen die Quote, die in dem Vertrag zwischen Bund und den Bundesländern festgelegt wurde. Seit dem Tag unserer Unterschrift. Wir übererfüllen diese Quote. Wir holen jetzt wieder die unbegleiteten Kinder aus Traiskirchen heraus. Wir holen noch einmal 150 unbegleitete Minderjährige aus Traiskirchen heraus. Wir holen 150 Familien mit Kindern aus Traiskirchen heraus. Alles zusätzlich zu dem, was wir vertragsmäßig letztendlich auch leisten. Und das auf stillem Niveau. Ruhig. Ohne Theater. Das ist, wie wir in Wien diese Flüchtlingspolitik machen. Und

ich halte daher auch nichts davon, wenn wir wechselseitig Schuld zuweisen. Man muss bei solchen Herausforderungen - und das ist eine - handeln. Man muss einfach tun. Und ich glaube, dass Politik, die mit Charakter und Anstand, auf der Basis von Humanität gemacht wird, letztendlich auch honoriert wird. So denke ich, machen es wir.

Bei der Bildung: Was sollte in Wien umgesetzt werden?

Wir sind ja zu einem Teil ja in Umsetzung. Die erste Bildungseinrichtung ist der Kindergarten. Da gibt es in der Zwischenzeit einen Bildungsplan für den Kindergarten: Mir wäre ein zweites verpflichtendes Kindergartenjahr durchaus auch recht. Und auch die Ausbildung des pädagogischen Personals in den Kindergärten auf zu mindestens Bachelor-Niveau entsprechend zu heben.

Nächster Bereich ist die gemeinsame Schule der sechs- bis zehnjährigen und der zehn- bis vierzehnjährigen. Also eine gemeinsame Schule der sechs- bis vierzehnjährigen. Das wäre das, was mir vernünftig erscheint. Eine gemeinsame Schule der sechs- bis zehnjährigen gibt es ja schon. Beim Wechsel vom Kindergarten in die Grundschule, Volksschule, ist mir wichtig, dass alle Kinder Deutsch können. Das funktioniert schon ziemlich gut. Da sind wir noch nicht ganz am Ende des Weges, aber funktioniert schon ziemlich gut. Die gemeinsame Schule der zehn- bis vierzehnjährigen halte ich für zentral. Ich sage es da ganz offen.

Das alles organisiert in Ganztagschulen mit verschränktem Unterricht. Und mit Leistungsmodulen. Ich sage das ganz bewusst dazu, weil ich selbstverständlich sage. Jawohl, ich habe keinen elitären Leistungsbegriff. Aber ohne Leistung geht gar nichts. In Folge gesehen, fächert es sich dann ohnehin auf: Von den verschiedenen Formen der Oberstufe der AHS, der BHS und der Berufsausbildung. Also, das ist mir auch eine sehr wichtige Geschichte.



Die Berufsausbildung ist gleichwertig zu betrachten. Ohne Facharbeiter geht in unserer Welt nichts.

Ideen sind immer gut. Entscheidend ist natürlich dann die Umsetzung und dann die wirkliche Realisierung. Wie wollen Sie jetzt Ihre Ideen letztlich wirklich umsetzen und realisieren? Was sind da Ihre Zugänge?

Das ist natürlich bei den Themenfeldern, die wir hier hatten, etwas unterschiedlich. Ich kann vieles von dem, was unmittelbar Stadtpolitik ist - also zum Beispiel der Umgang mit der wachsenden Stadt oder auch die Flüchtlingspolitik in der Stadt - bestimmen. Ich kann nicht den Zuzug von Flüchtlingen bestimmen und regulieren. Das kann ich nicht. Ich kann leider - zu meinem tiefen Leidwesen - auch nicht die Kriege in Syrien, Irak und Afghanistan beenden, die der Auslöser für diese aktuelle Flüchtlingswelle auch sind. Näherliegender: Ich kann mithelfen in der Bildungspolitik. Aber das ist Angelegenheit des Bundes.

Das ist mit einer Motivation, warum ich in diese Arbeitsgruppe der Bundesregierung gegangen bin, wo auch mit Ländervertretern über die Zukunft des Schulwesens in Österreich verhandelt wird. Das macht aus meiner Sicht inhaltlich gesehen sehr gute Fortschritte. Und ich kann mir nicht vorstellen, dass bei den derzeitigen Verhandlungsfortschritten dies noch an der Frage scheitern kann, wer den Gehaltszettel der Lehrer unterschreiben soll. Das halte ich für banal, im Vergleich was sonst ist. Im Mittelpunkt aller Überlegungen müssen die Kinder und die Zukunft der Kinder stehen.

Wo sehen Sie Wien in 20 Jahren? Wie stellen Sie sich Wien in 20 Jahren vor?

Wir haben darüber ein ganzes Buch über das Thema geschrieben. Und zwar nicht so sehr mit Zukunftsforschern. Denn die rechnen Situationen von heute auf in 20 Jahren hoch. Wir haben uns viel mehr mit der Frage beschäftigt, wie wir wollen, dass in 20 Jahren diese Stadt aussieht?

Und da kann ich Ihnen sagen: Wenn es von der Lebensqualität so aussieht, wie Wien heute, ist es großartig. Wir sind jetzt sechsmal hintereinander Weltmeister geworden. Das hat in einer anderen Sportart eigentlich bisher nur Michael Schumacher geschafft. In der Formel 1. Aber, dass in verschiedenen Bereichen, eben wie in Bildung, Wissenschaft und Forschung - also eine Stadt des Wissens -, dass wir hier tatsächlich auch an die Spitze kommen.

Ich möchte, dass in diesen zwanzig Jahren sich etwas das AKH auf dem Niveau des Karolinska-Spitals in Stockholm/Schweden befindet. Das Spital ist momentan an sechster Stelle von den medizinischen Universitäten und medizinischen Kliniken in Europa. Also, das ist sozusagen die Vision, die ich von der Stadt habe. Wir gehen in Richtung wissenschaftlicher Ökonomie. Und daher ist Wissenschaft, Forschung und Innovation - also das Umsetzen wissenschaftlicher Erkenntnisse in die Praxis der Wirtschaft - von ganz, ganz wesentlicher Bedeutung. Auch für den Lebensstandard. Auch für die Arbeitsplätze. Auch für den Arbeitsmarkt.

Letzte Frage: Nachdem sich leider derzeit viele Personen von der Politik abwenden, haben wir von neuwal uns das Motto gegeben „Making politics a better place“. Und da wäre jetzt noch unsere Frage: Was können Sie dazu beitragen, dass die politische Kultur in Österreich verbessert wird? Was wäre da ihr Ansatz?

Zum Beispiel solche Interviews zu geben, wie jetzt. Denn ich habe im ganzen Interview bisher kein einziges Mal meine politischen Widerparts oder meine politischen Partner dazu erwähnt. Man muss selber Ideen haben. Und die stehen dann natürlich am Prüfstand. Und als gelernter Wissenschaftler fällt mir zum Beispiel kein Stein aus der Krone, wenn eine Idee falsifiziert wird. Ich freue mich, wenn sie verifiziert wird. Aber wenn sie falsifiziert wird: OK, andere Idee. Weiter geht's. Wir müssen immer schauen, dass wir tatsächlich die Welt ein Stückchen besser machen können. Dann wird auch die Politik besser sein.



FPÖ

Freiheitliche Partei Österreichs

Wien

Obmann
Stv.

Heinz-Christian Strache
Johann Gudenus
Harald Stefan
Veronika Matiasek

Ausrichtung
Lager
Kandidatur
Gründung

Rechtspopulismus,
Nationalkonservatismus
Nationalkonservative
Wahlvorschlag
17.04.1945

Spitzenkandidat(In)
2. Listenplatz
3. Listenplatz
4. Listenplatz
5. Listenplatz

Heinz-Christian Strache
Johann Gudenus
Veronika Matiasek
Maximilian Kraus
Dagmar B.-Jenewein

Stimmenanteil (2010) **25.77 %**
Mandate (2010) **27 Mandate**

Höchstes Ergebnis **27.9 % (1996)**
Niedrigstes Ergebnis **5.39 % (1983)**

FPÖ Wien
Rathausplatz 8, 1010 Wien

lgst.wien@fpoe.at
+43 1 405 75 60-0

Website
Parteiprogramm
Wahlprogramm

<http://www.fpoe-wien.at/>
<https://www.fpoe.at/themen/parteiprogramm/>
<http://www.fpoe-wien.at/index.php?id=2164>

Facebook
Twitter

<http://www.meinparlament.at/p/696/heinz-christian-strache/>
<https://twitter.com/fpoewien>



H.-C. Strache auf meinparlament.at eine Frage stellen
<http://www.meinparlament.at/p/696/heinz-christian-strache/>



Dossier: Heinz-Christian Strache auf meineabgeordneten.at
<http://www.meineabgeordneten.at/Abgeordnete/Heinz-Christian.Strache>

Parteibezeichnung kurz
Parteibezeichnung lang

FPÖ
Freiheitliche Partei Österreichs

Mutterpartei Österreich
Europapartei

FPÖ - Freiheitliche Partei Österreichs
Europäische Allianz für Freiheit, Bewegung für ein Europa der Nationen und der Freiheit

“Wir bleiben dabei: Wien darf nicht Chicago werden!” - 1996 war man so frei und plakatierte den Slogan von der Wahl 1991 einfach erneut. Und stellte damit klar: So massiv ausländerfeindlich der Wahlkampf für viele KritikerInnen war, die FPÖ bleibt sich treu.

Das Ergebnis: mit 27,94 % erreichte sie das bis heute beste Wahlergebnis bei einer Wiener Landtagswahl. Der diesjährige Wahlkampf hingegen hat nicht mehr die Ausländer als großen Gegner, sondern die noch amtierende Landesregierung. Heinz-Christian Strache und Herbert Kickl rufen gemeinsam zur “Oktober-Revolution” auf und fordern “süße Rache” für fünf Jahre Rot-Grün.

Zwar stellt Strache nicht zum ersten Mal Anspruch auf den Bürgermeisterstuhl, aber noch nie konnte er ihm (laut zahlreicher Umfragen) so nahe kommen.

FPÖ Wahlprogramm Wien 2015 (Auszug)

Wir haben die Wahlprogramme in den Kategorien Arbeit, Bildung, Jugend und Integration analysiert. In einigen Fällen sind diese Themenbereiche jedoch in anderen Kategorien inkludiert. Daher wurden der Vollständigkeit auch weitere Kategorien aufgenommen, aus denen Inhalte entnommen werden können. Vollständige Wahlprogramme finden Sie auf den entsprechenden Webseiten der Parteien.

Soziales

Sozialleistungen sollen an die österreichische Staatsbürgerschaft sowie eine gelungene Integration gebunden sein.

Arbeit

Die FPÖ Wien möchte, dass keine "fremden Arbeitssuchenden" ins Land gelassen werden, solange noch Österreicherinnen und Österreicher unter Arbeitslosigkeit leiden.

- Sektorale Schließung des österreichischen Arbeitsmarktes
- Bauoffensive bei Sozialwohnungen und im öffentlichen Verkehr
- Gerechte Einkommen zum Auskommen
- Sozialleistungen zuerst für österreichische Staatsbürger
- Förderungen für Klein- und Mittelbetriebe
- Bürokratieabbau und eine Senkung der Lohnnebenkosten
- Investitionsfreibeträge für Unternehmen

Umwelt/Stadtplanung

- Reduktion der Tempo-30-Zonen
- Ausbau der Wiener U-Bahn bis an den Stadtrand
- Gratis-Parkpickerl für alle Wienerinnen und Wiener
- Rückbau von Schikanen und „Stau-Erzeugern“
- Mindestens 25.000 Park-and-Ride-Stellplätze am Rande Wiens
- Klare und verbindliche Regeln für Radfahrer

Bildung

Die FPÖ Wien spricht sich gegen den "bildungspolitischen Einheitsbrei" wie die Gesamtschule oder die Zentralmatura aus. So fordert man Hauptschulen und Gymnasien statt Gesamtschulen, individuelle Abschlussprüfungen statt einer Zentralmatura, eine Aufwertung der Lehre durch eine Matura, die Verschlinkung des Wiener Stadtschulrats, sowie Deutsch als Pausensprache sowie in Form von eigenen Klassen zum Spracherwerb.

- Deutsch vor Schule in Form von eigenen Klassen zum Spracherwerb
- Deutsch als Pausensprache
- Hauptschulen und Gymnasien statt Gesamtschulen
- Individuelle Abschlussprüfungen statt einer Zentralmatura
- Aufwertung der Lehre durch eine Matura
- Verschlinkung des Wiener Stadtschulrats

Innovation

Als innovativste Idee geht wohl der Aufbau einer eigenen U-Bahn-Polizei sowie die Bildung einer Sicherheitswacht zur Unterstützung der Polizei durch. Wobei diese Idee von Städten wie München oder Linz übernommen wurde.

Jugend

Als größter Punkt für Jugendliche taucht vor allem die Bildung im Wahlprogramm auf: So möchte man die Lehre durch eine Matura aufwerten sowie statt Gesamtschulen lieber weiter Hauptschulen und Gymnasien haben.



SeniorInnen

Die Freiheitlichen sehen in der Altersgruppe der SeniorInnen eine verstärkte soziale Verarmung und sehen sie als häufige Opfer der steigenden Kriminalität.

- Echte Pensionserhöhungen für ein Altern in Würde und Sicherheit
- Gesicherte medizinische Versorgung für die ältere Generation
- Senkung der gerade für Senioren relevanten Gebühren
- Verstärkter Schutz für Verbrechenopfer
- Erhöhung des Pflegegeldes und Inflationsanpassung statt einer Senkung sowie dem heutigen erschwerten Zugang

Wirtschaft

Die FPÖ setzt sich für eine Förderung und Entlastung der Klein- und Mittelbetriebe sowie für eine Gebührensenkung und eine Stärkung der Kaufkraft für die KonsumentInnen ein.

Spezielles

Als sehr speziell kann man den großen Punkt der Zuwanderung im Wahlprogramm der FPÖ Wien ansehen. Als Partei in einem Binnenbundesland will man in Zukunft "strenge Grenzkontrollen gegen Schlepper und Kriminelle" starten, "Scheinasylanten" konsequent abschieben, "echten Asylanten" nur "Schutz auf Zeit geben", keine Asylwerber unterbringen, wenn dies gegen den Willen der Bürger spricht. Und zudem möchte die FPÖ Wien die humanitären Probleme auf dem jeweiligen Kontinent lösen.

Integration

Die FPÖ fordert verpflichtende Deutschkurse für Zuwanderer, eine "klare und unmissverständliche Vermittlung der heimischen Werte, Normen und Gesetze", Verbot von Gratis-Koran-Verteilungen auf Wiens Straßen, sowie die Kontrolle muslimischer Einrichtungen wie Moscheen, Schulen oder Kindergärten. Ebenso sollen Subventionen für "linke Multikulti-Ver-eine" eingestellt werden.

- Strenge Grenzkontrollen gegen Schlepper und Kriminelle
- Konsequentes Abschieben von Scheinasylanten
- Echte Asylanten erhalten lediglich Schutz auf Zeit
- Geregelter Unterbringung von Asylwerbern und schnelle Verfahren statt Geldleistungen
- Keine Unterbringung von Asylwerbern gegen den Willen der Bürger
- Lösung der humanitären Probleme auf dem jeweiligen Kontinent





Video-Interview auf
neuwal.com/walmanach/wien15/fpoe

Heinz-Christian Strache

„Ich will am 11. Oktober mit einer friedlichen, demokratischen Revolution in der Wahlzelle zur stärksten politischen Macht werden.“

neuwal.com: Es freut mich, dass sich Herr Strache Zeit genommen hat, der Spitzenkandidat der FPÖ, für das Walmanach Interview. Zunächst die erste Frage: Stellen Sie sich bitte ganz kurz vor, in wenigen Sätzen und auch ihre Partei.

Heinz-Christian Strache (FPÖ): Heinz-Christian Strache, geboren am 12. 6. 1969. Ich war in der Neulandschule im Internat, in Strebersdorf im Internat. Ich habe später eine Berufsschul Ausbildung als Zahntechniker absolviert, habe die Abendschule besucht, habe als Außerordentlicher Geschichte und Philosophie begonnen, mich dann selbstständig gemacht. Das heißt, in vielen Bereichen das praktische Leben erfahren - und nicht nur theoretisch. So viel zu meiner Beschreibung.

Zur Frage meiner Partei: Da bin ich Parteichef auf bundespolitischer Ebene der FPÖ, Landesparteiobmann der FPÖ und im Parlament Klubobmann und seit zehn Jahren in der Verantwortung auf bundespolitischer Ebene. Ich habe die Partei bei drei Prozent übernommen, heute - bei Umfragen - sind wir angeblich bereits stärkste

politische Kraft.

Herr Strache, wenn Sie Wien beobachten. Was läuft gut?

Wir haben eine gute Verwaltung in Wien, weil wir exzellente Beamte und Vertragsbedienstete haben, trotz dieser rot-grünen Stadtregierung, die meiner Meinung nach in vielen Bereichen leider Gottes eine falsche politische Richtung vorgegeben hat. Aber die Verwaltung funktioniert, trotz dieser Regierung. Wir haben fleißige Menschen in der Stadt, trotz dieser Regierung. Die trotz höchster Gebühren- und Steuerbelastung fleißig arbeiten.

Und ja, ich sage: ich möchte diese Stadt - trotz des negativen immer Trends - vorwärts bringen. Wir haben Menschen, die Hoffnung haben. Und wir haben eine wunderschöne Stadt, was die Architektur betrifft. Eine Innenstadt, eine wunderschöne Struktur - eine gewachsene - die wir nicht zerstören wollen. Im Unterschied zu dieser Stadtregierung, die droht, mit Hochhausbauten im Stadtzentrum das Stadtbild zu zerstören.



Und auch der Canelletto-Blick - nämlich das Weltkulturerbe der UNESCO - kaputt machen will. Dagegen wehren wir uns. Ja, hier haben wir die Situation, dass der Herr Häupl als amtierender Bürgermeister eigentlich in den letzten Jahren nicht auffindig war, nicht vorhanden war. Er hat das Geschäft - wenn man so will - der Vassilakou überlassen. Er hat undemokratische Ausgrenzung gegenüber den freiheitlichen Wählern gelebt. Das sind über 200.000 in Wien beim letzten Mal gewesen. Er hat die Stadt verschuldet: ein exorbitanter Schritt in weitere Verschuldung in Richtung 2 Milliarden mit den ausgelagerten Bereichen.

Und was läuft weniger gut?

Wir haben in dieser Stadt Wien Subventionspolitik von Rot-Grün, das vorwiegend den parteinahen Vereinen zugutekommt und nicht den Bürgern und den Menschen zugutekommt. Wir haben eine Entwicklung, in der der Bürgermeister sehr absolutistisch agiert und die Stadt als Eigentum betrachtet, anstatt das zu leben, was notwendig wäre. Ich würde mich als Diener an der Wiener Bevölkerung sehen und das Rathaus für die Bürger zu öffnen - als Bürgerservicestelle, wo man die Menschen hört und ihnen auch hilft bei ihren Problemen. Ja, und wir haben eine steigende Kriminalität bei Einbruch- und Gewaltdelikten, wo es zu wenig Exekutive gibt und der Bürgermeister nicht gegensteuert mit einer eigenen Sicherheitswacht, die wir umsetzen würden. Sozialer Wohnbau - seit dem Jahr 2007 keine Wohnungen neu gebaut.

Wir hätten aber jedes Jahr 10.000 bis 15.000 neue Wohnungen gebraucht. Und im Spitalsbereich ein Versagen nach dem anderen: Krankenhaus Nord Milliardengrab, Ärzte, die uns fehlen, die gekündigt werden. Und Krankenpersonal, das fehlt. Und eine Struktur, die nicht optimal aufgestellt ist. Das heißt, wir haben an allen Ecken und Enden Handlungsbedarf. Auch U-Bahn-Bau, auch Schulsanierungen, auch Integrationsproblematik. Das heißt, da ist viel zu tun.

Was sind Ihre politischen Ideen für Wien?

Ganz konkret: Ich will am 11. Oktober mit einer friedlichen, demokratischen Revolution in der Wahlzelle zur stärksten politischen Macht werden. Weil wir nur dann die Chance haben, den Bürgermeister in Verantwortung zu übernehmen und Rot-Grün zu überwinden.

Und damit würde ich sicherstellen, die unverantwortlichen Franken-Spekulationen abzustellen. Ich würde sicherstellen, dass die Stadt endlich bei der Subventionitis auch einspart und das Geld dem Bürger wieder zugutekommt. Gebührensenkungen, um den Wirtschaftsstandort attraktiver zu gestalten, dass Betriebe nicht abwandern sondern sich wieder ansiedeln, auch Konzerne. Und damit Arbeitsplätze geschaffen werden und wir der Rekordarbeitslosigkeit gegensteuern. Ich würde auch überlegen, wie man die Rekordzahl an Mindestsicherungsbeziehern in Wien, das ist dramatisch, auch mit einer freiwilligen Arbeit in der Magistratsebene einsetzt, damit sie mehr verdienen können und jene, die nicht bereit sind, das zu tun, auch Reduktionen erleben.

Ich würde in der Richtung sicherstellen, dass in der Stadt 1.500 Sicherheitswachtbeamte eingestellt werden und ausgebildet werden, die Exekutive im präventiven Bereich. Denn die Innenministerin kommt hier ihrer Verantwortung, ausreichend Exekutive anzustellen, nicht nach und da kann man nicht zusehen.

Und wir würden unsere Servicestelle definieren, für die Wienerinnen, wo ich sage, die Beamten und die Vertragsbediensteten, die brauch ich, und mit denen will ich gemeinsam ein offenes Ohr für die Bürger auch sicherstellen, dass wir den Bürgern bei ihren Problemen helfen und diese Probleme abstellen.

Also grundsätzlich bin ich einer, der sicherstellen wird, dass es direkte Demokratie gibt. Dass wir auch im Sinne der Stadtverfassung verbindliche Volksbefragungen sicherstellen und nicht an den Bürgern vorbei Politik machen. Mal im Allgemeinen gesprochen. Ich würde auch si-



cherstellen, dass jene, die im Sinne der Genfer Konvention Flüchtlinge sind und die wirklich unsere Hilfe und unseren Schutz brauchen, auch menschenwürdig hier untergebracht werden und auch Integration sicherstellen.

Aber ich würde auch darauf aufmerksam machen, dass man nicht so naiv sein darf und alle Menschen, die heute kommen, als Flüchtlinge im Sinne der Genfer Konvention bewertet. Das haben die österreichischen Gerichte sicherzustellen. In den letzten Jahren wurden 70-80 Prozent von den österreichischen unabhängigen Gerichten abgelehnt, weil sie diesen Status nicht haben, Wirtschaftsflüchtlinge sind und daher hier keine Zuwanderer gewesen sind. Und da dürfen wir nicht tatenlos zusehen.

Wie sehen Sie die derzeitige Flüchtlingsthematik? Was sind hier Ihre Vorschläge?

Ich hab das immer sehr offen gesagt: Wir müssen die Probleme bei der Wurzel packen. Die NATO hat Irak und Libyen bombardiert, die NATO hat die Oppositionsbewegung gegen Assad in Syrien unterstützt, auch militärisch. Hat sich aus diesen Regionen zurückgezogen nach den Bombardements und der Zerstörung und hat Chaos und Terrorismus hinterlassen. Die NATO hat eine Verantwortung in dieser Region für Sicherheit und Ordnung zu sorgen. Auch die zigtausend radikalen islamistischen Terroristen zu überwältigen. Und in dieser Region wieder Zukunftsperspektiven möglich zu machen, wo wir dann mit unserer Rolle tätig werden müssen, Aufnahmezentren unter Schutz der UNO, medizinische Versorgung, logistische Unterstützung, konkrete Aufbauprojekte, Infrastruktur, Schulen, Landwirtschaft und Wirtschaftsmaßnahmen, damit in diesen Regionen wieder eine Zukunftsfähigkeit da ist. Und die europäischen Außengrenzen schützen, wie es Australien, die USA und Kanada machen.

Mit Aufnahmezentren, mit raschen, schnellen Untersuchungen wie in der Schweiz, innerhalb von 48 Stunden auch zu unterscheiden zwischen Genfer Flüchtlinge, also im Sinne der Genfer

Konvention oder eben Wirtschaftsflüchtlinge. Wir haben es mit einer modernen Völkerwanderung zu tun, wo heute auch mit gefälschten syrischen Pässen operiert wird. Wo auch die radikalen Islamisten sich versuchen einzuschleusen. Und viele aus reinen wirtschaftlichen Gründen nach Europa drängen und es ist ein Scheitern von der Europäischen Union heute Realität bei den Schengen-Außengrenzen. Bei Dublin II und Dublin III. Und wir haben die Verantwortung, solange das nicht funktioniert, unsere nationalstaatlichen Grenzen zu sichern, mit Exekutive, mit Bundesheer und letztlich hier so einen rechtswidrigen Zustand, wie wir ihn heute haben, zu verhindern.

Wie wollen Sie ihre Ideen und Vorstellungen umsetzen?

Die verlässlichsten Partner sind die Bürger dieses Landes, die Bevölkerung, die heute erkennt, dass SPÖ und ÖVP, aber auch Grüne oftmals undemokratische Ausgrenzung leben. Eine Wahl nach der anderen verlieren, und zum Machterhalt als Wahlverlierer sich wieder gegen die freiheitliche Wählerschaft einhängen. Ich glaube, dass da ein Punkt erreicht ist, wo wir uns in einer Zeitenwende befinden, in einem Umbruch befinden. Immer mehr Bürger sagen, es reicht. Und daher auch die Wahlergebnisse sich so entwickeln werden, dass es neue realpolitische Mehrheiten geben wird. Wir liegendaher auch heute Kopf an Kopf in Wien mit der SPÖ gleichauf und haben die Chance, stärkste Kraft zu werden. Sollte das eintreten, kann man Rot-Grün überwinden. Dann wird auch in der SPÖ kein Stein auf dem anderen bleiben. Dann wird ein Häupl Geschichte sein, wahrscheinlich auch ein Faymann. Und es wird zu einem Umdenkprozess kommen müssen, das heißt, wir werden neue Partner durch realpolitische, demokratiepolitische Mehrheiten und Veränderungen erleben, weil dann die Wahlverlierer auf Dauer nicht zur Tagesordnung übergehen können.

Wie sehen Sie Wien in 20 Jahren?

Ich sehe ein weltoffenes Wien, mit einer wun-



dervollen Geschichte, Kultur und Architektur, die wir auch im innerstädtischen Kern erhalten und bewahren wollen. Wo wir keine Hochhausbauten als Zahnstocher im innerstädtischen Bereich zulassen wollen. Nach dem Vorbild von Paris, Montparnasse, das einzige Hochhaus. Wir werden im innerstädtischen Bereich ein Hochhausverbot sicherstellen. Wir haben genügend Flächen außerhalb des innerstädtischen Kerns, wo man im Bereich der Hochhausarchitektur tätig werden kann und Stadterweiterung leben kann. Das braucht es im innerstädtischen Bereich nicht.

Da ist die Einzigartigkeit. Wir wollen Wien zu einer sicheren, weltoffenen Stadt gestalten. Wir freuen uns über viele Touristen, über einen Kulturaustausch, über eine Kulturszene, die wir unterstützen wollen. Aber vor allem auch im Bildungsbereich endlich sicherstellen, dass unsere Kinder die beste Ausbildung erhalten und auch die entsprechenden Schulplätze und Räumlichkeiten vorfinden mit den entsprechenden Pädagogen, die oftmals selbst Opfer des Systems sind und die man nicht flapsig herabstufen kann, wie das Häupl getan hat, dass die am Dienstag zu Mittag schon fertig sind. Das ist ein Unsinn. Denn ich sag, die kann man nicht an der Stundenzahl mit den Schülern bemessen, die Vorbereitungs- und Nachbereitungsarbeiten auch zu tätigen. Und wir brauchen die Lehrer. Und die sind oftmals sehr engagiert und werden oft im Stich gelassen, weil sie auch die Familienerziehung nicht übernehmen können - stellvertretend für die Familie.

Das heißt, wir müssen gesamtgesellschaftlich mehr auf die Verantwortung auch drängen, Fehlentwicklungen werden wir abstellen im Bereich der Geldausgaben. Das Geld hat wieder den Bürgern zugute zu kommen, Impulse sind zu setzen, Wirtschaftsimpulse, Arbeitsmarkimpulse, auch Investitionen in öffentliche Verkehrsmittel, auch in dem Bereich des Parkpickerls will ich ein anderes System. Nämlich weg von der Steuereinnahme hin zu einem positiven Lenkungseffekt mit Einmalgebühr, wo die Wienerinnen und Wiener in Wien parken können sollen. Und nicht wie Wiener halt in die Park-and-Ride-Anlagen

fahren, aber der Schein für die Park-and-Ride-Anlagen auch für die öffentlichen Verkehrsmittel zu nutzen sein sollen.

Das Motto von neuwal.com ist „Making politics a better place“. Was können Sie dazu beitragen?

Also ich glaube, die direkte Demokratie in den Verfassungsrang zu stellen wäre ein erster Schritt. Weil die Verdrossenheit ja oftmals daraus heraus ihre Begründung hat, dass die Menschen erkennen: Da gibt es Parteiapparate, die glauben, alles besser zu wissen und die treffen dann in Hinterzimmern die Entscheidungen über die Köpfe der Bürger hinweg und glauben, alles besser zu wissen.

Ich glaube, wenn man zwischen den Wahlgängen auch die Bürger verbindlich in Volkstentscheidungen einbindet, dann wäre hier ein ganz ein anderer Prozess der Fall. Die Menschen würden sich viel stärker in den politischen Prozess einbeziehen lassen und sich auch gerne informieren. Es gibt Interesse an der Politik, man merkt es ja auch bei den ORF Sommergesprächen, nicht umsonst haben wir das erste Mal die Millionengrenze überschritten. Das heißt, es gibt Interesse. Man ist aber über gewisse Verhaltensmuster in der Politik zum Teil zurecht empört, weil da oftmals sehr absolutistisch gehandelt wird. Also nicht bürgernah. Wenn die diversen politischen Verantwortungsträger sich eben nicht als Diener an der Bevölkerung verstehen und das auch nicht leben, sondern abgehoben sind.

Und ich glaube da muss sich einiges ändern. Ich versuche das zu leben. Und ich glaube, dass ich meinen Beitrag in den letzten Jahren dazu geleistet habe. Ich habe viele ehemalige Nichtwähler politisch wieder interessiert - heute gehen sie wieder wählen Und vor allem die jungen Wähler, die wir politisiert und interessiert haben und die sich heute am Prozess beteiligen. Da müssen wir weiter machen. Durch Einbindung der Bürger.



ÖVP

Österreichische Volkspartei

Wien

Obmann
Landesgeschäftsführer
Klubobmann

Manfred Juraczka
Alfred Hoch
Fritz Aichinger

Spitzenkandidat(In)
2. Listenplatz
3. Listenplatz
4. Listenplatz
5. Listenplatz

Manfred Juraczka
Elisabeth Olischhar
Alexander Biach
Sabine Schwarz
Berndt Querfeld

Ausrichtung	Christlich-Sozial, Konservatismus, Wirtschaftslib.
Lager	Konservative, Christdemokraten
Kandidatur Gründung	Wahlvorschlag 17.04.1945

Stimmenanteil (2010)	14 %
Mandate (2010)	13 Mandate

Höchstes Ergebnis	34.9 % (1945)
Niedrigstes Ergebnis	14 % (2010)

ÖVP Wien
Rathausplatz 9
1010 Wien
info@wien.oevp.at
+43 1 51543-900

Website	http://oevp-wien.at
Parteiprogramm	https://www.oevp.at/down.load?file=Grundsatzprogramm.pdf&so=download
Wahlprogramm	http://oevp-wien.at/wahlprogramm
Facebook	https://www.facebook.com/oevpwien?ref=ts&fref=ts
Twitter	https://twitter.com/oevpwien



Manfred Juraczka auf meinparlament.at eine Frage stellen
<http://www.meinparlament.at/p/3351/manfred-juraczka/>



Dossier: Manfred Juraczka auf meineabgeordneten.at
<http://www.meineabgeordneten.at/Abgeordnete/manfred.juraczka>



Parteibezeichnung kurz
Parteibezeichnung lang

ÖVP
Österreichische Volkspartei

Mutterpartei Österreich
Europapartei

ÖVP - Österreichische Volkspartei
Partei Österreichs
EVP (Europäische Volkspartei)

Die Gründung der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) erfolgte am 17. April 1945 in Wien. Seit diesem Jahr ist die Wiener ÖVP auch im Wiener Gemeinderat vertreten, wobei die Partei bei der Wien-Wahl 2010 ihr historisch schlechtestes Ergebnis in Wien eingefahren hat.

Laut den Grundsätzen der Wiener ÖVP orientiert sich die ÖVP Wien von ihrer Verfassungs- und Grundsatzauffassung sowie ihrer Wirtschaftspolitik "am liberalen Verständnis einer offenen Gesellschaft." Gleichzeitig sieht sich die Partei als eine christdemokratische Bewegung. "Dies ist so zu verstehen, dass das Christentum den Impuls für Menschenbild und Wertesystem der Partei gibt, wir gleichzeitig aber offen gegenüber allen sind, die sich aus anderen Gründen zu diesen Werten bekennen."

Man bekenne sich auch zu einem sozialen und ökologisch verantworteten Wettbewerb, steht aber auch zur "sinnvollen Mobilität in allen Lebensbereichen, zum qualitativen Wachstum der Stadt und zur Modernisierung der städtischen Demokratie, ja zum umfassenden sozialen Schutz und zu mehr kultureller Phantasie." Die Europäische Union befürworte man, gleichzeitig lehne man aber einen europäischen Zentralismus ab.

Bei der Wien-Wahl 2015 tritt die Partei auf Bezirks- und Gemeinderatsebene an. Als Spitzenkandidat wird Manfred Juraczka ins Rennen gehen.



ÖVP Wahlprogramm Wien 2015 (Auszug)

Wir haben die Wahlprogramme in den Kategorien Arbeit, Bildung, Jugend und Integration analysiert. In einigen Fällen sind diese Themenbereiche jedoch in anderen Kategorien inkludiert. Daher wurden der Vollständigkeit auch weitere Kategorien aufgenommen, aus denen Inhalte entnommen werden können. Vollständige Wahlprogramme finden Sie auf den entsprechenden Webseiten der Parteien.

Arbeit und Wirtschaft

Die ÖVP Wien will in den nächsten Jahren 25.000 Jobs schaffen und dafür im Wahlkampf einen 11-Punkte-Plan vorgelegt: So soll es eine Sonntagsöffnung in Tourismuszonen geben, die Transsibirische Eisenbahn soll bis Wien geführt werden, der Flughafen Wien soll eine 3. Piste erhalten, die Werbeabgabe soll wegfallen, Start-Ups sollen verstärkt unterstützt werden, eine Multifunktionsveranstaltungshalle gebaut werden, die Lohnnebenkostenbefreiung für den ersten Mitarbeiter eingeführt werden, die Bürokratie abgebaut werden, die Kommunalsteuer direkt an die Bezirke umverteilt werden, ein neuer Busbahnhof gebaut werden und das Glasfasernetz ausgebaut werden.

Umwelt

Die ÖVP Wien will die Forschung und Innovationskraft im Umweltbereich stärken und auch die BürgerInnen sowie die Wirtschaft stärker in die Umweltpolitik einbeziehen.

Die Baumalleen sollen in Wien erhalten bleiben, mehr Grünflächen geschaffen und die regionale Landwirtschaft gestärkt werden.

Ein nachhaltiges Programm zur Abfallvermeidung und ein ressortübergreifender Umweltmasterplan finden sich ebenso im Wahlprogramm.

Bildung

Die Wiener ÖVP bezieht in der Debatte rund um die Gesamtschule der 10-14Jährigen klar Stellung und tritt für den Erhalt und Ausbau

der Gymnasien ein.

Zudem will man die Parteipolitik aus der Schule verbannen und setzt sich dafür ein, "Leistungstests für jeden Schulstandort zu veröffentlichen. Dies führt zu mehr Transparenz und Wettbewerb."

Gleichzeitig will man eine verstärkte Förderung für Brennpunktschulen und eine Weiterentwicklung der Neuen Mittelschule zur Wiener Mittelschule. Die Vorteile gegenüber der Neuen Mittelschule wären eine Kurssystem in den Hauptfächern und ein verstärktes Supportsystem.

Jugend

Die ÖVP Wien setzt sich für ein Jugendticket (bis 27 Jahre) für öffentliche Verkehrsmittel und eine Jugendcard mit kostengünstigen Sport- und Kulturangeboten ein.

Man will sich auch für ein größeres Angebot an Spielplätzen und Sportstätten stark machen, auch Parkanlagen sollen länger offen haben.

Eine Onlineberatungsstelle soll eingerichtet werden, um den Jugendlichen eine vertrauliche Anlaufstelle bei Problemen anzubieten.

Die Partei will auch, dass ehrenamtliche Jugendarbeit durch junge Menschen für den Zivildienst angerechnet wird und ein Jugendbeirat bei Großprojekten eingerichtet wird, um die politische Mitbestimmung der Jugendlichen zu stärken.

SeniorInnen



Die ÖVP Wien betont, dass man ältere Menschen nicht aufs Abstellgleis stellen wolle, sondern man sie mittels Orientierungskursen und der Einführung von Absetzbeträgen im Steuerrecht zur Freiwilligenarbeit ermutigen will. Um seniorengerechten Lebensraum zu schaffen, soll es Förderungen für Umbauten zu Barrierefreiheit geben, Sitzgelegenheiten geschaffen werden und eine Freifahrt für SeniorInnen ab 70 außerhalb der Stoßzeiten eingeführt werden.

Auch der gesamte Betreuungs- und Pflegebereich soll ausgebaut werden.

Integration

In den Kindergärten plädiert die ÖVP Wien dafür, dass vor allem bei islamischen Betreuungseinrichtungen Transparenz bei den Inhal-

ten geschaffen wird und Fördermittel für Kindergärten besser überprüft werden. Alle Kinder "mit sprachrelevanten Defiziten sollen in eigenen Vorbereitungsklassen gezielt und intensiv Deutsch lernen und gefördert werden."

Man fordert auch die Einführung eines eigenen Fachs Politischer Bildung ab der 6. Schulstufe, um ein friedliches und funktionierendes Zusammenleben zu gewährleisten.

Auch Erwachsene sollen dabei unterstützt werden, Deutschkurse und Bildungsabschlüsse nachholen zu können.

Das aktive (=selbst wählen zu dürfen) und passive (=gewählt werden zu dürfen) Wahlrecht soll hingegen an die Staatsbürgerschaft gebunden sein.





Video-Interview auf
neuwal.com/walmanach/wien15/oevp

Manfred Juraczka

„Politik muss redlicher werden. Anstand sollte wieder ein wichtiger Wert sein.“

neuwal: Es freut uns, dass sich der Herr Stadtrat Juraczka Zeit für das walmanach-Interview genommen hat. Zunächst möchte ich Sie bitten, dass Sie sich und ihre Partei in wenigen Worten vorstellen.

Manfred Juraczka (ÖVP Wien): Mache ich sehr gerne. Mein Name ist Manfred Juraczka, 46 Jahre alt, in Wien geboren, also gebürtiger Wiener und Wiener mit Herz und Leidenschaft und ich trete am 11. Oktober als Spitzenkandidat der ÖVP Wien an. Wir wollen einen Kurswechsel weg von dieser rot-grünen Politik, wie wir sie derzeit haben, bewerkstelligen und die Politik wieder effizienter, transparenter und professioneller gestalten.

Wenn Sie die politische Situation in Wien betrachten, zunächst was fällt Ihnen da auf, was läuft gut?

Wien ist eine ausnehmend lebenswerte Stadt. Wir haben eine hohe Lebensqualität, Wien ist auch im internationalen Vergleich eine wunderschöne Großstadt. Aber wir haben massive

Probleme, beispielsweise am Arbeitsmarkt. Wien beheimatet 20 % der österreichischen Bevölkerung, mittlerweile 36 % der österreichischen Arbeitslosen und 60 % der österreichischen Mindestsicherungsbezieher. Das heißt, der Wirtschaftsstandort Wien ist in Unordnung geraten und wir haben eine Stadtregierung, die sich diesem Thema in keinsten Weise stellt, sondern lieber über Ampelpärchen oder singende Kanaldeckel philosophiert als sich dieser Herausforderung wirklich zu stellen.

Was läuft weniger gut?

Juraczka (ÖVP Wien): Wie gesagt, wir müssen uns ganz klar dem Arbeitsmarkt widmen. Wir müssen schauen, dass wir von diesem Allzeithöchststand von 150.000 Arbeitslosen in der Stadt wegkommen, dass wir den Menschen wieder eine Beschäftigung geben können. Wir müssen danach trachten, dass wir mit den Steuergeldern wirklich sorgsamer umgehen. Wir haben unter Rot-Grün die Gesamtverschuldung der Stadt verdoppelt. Das sind Zustände, die nicht haltbar sind. Da braucht es einen bürger-



lichen Hausverstand, um wieder vernünftig zu wirtschaften, zum Wohle der Menschen in dieser Stadt.

Was sind nun ausgehend von diesen Überlegungen Ihre Visionen und Ideen für Wien?

Wir haben ganz konkret für den Arbeitsmarkt... da habe ich gemeinsam mit unserem Wirtschaftskammerpräsidenten Walter Ruck ein 11-Punkteprogramm vorgelegt, wo ganz konkrete Maßnahmen aufgezählt werden. Das geht vom Ausbau der U-Bahn bis zur Stadtgrenze bis zur Sonntagsöffnung in Tourismuszonen und vieles mehr, um den Arbeitsmarkt wieder zu beleben. Das ist uns ein ganz zentrales Anliegen.

Ideen sind gut, entscheidend ist aber immer die Frage der Machbarkeit und der Umsetzung. Also wie wollen Sie diese Ideen letztlich umsetzen und realisieren?

Wir sehen in den letzten 5 Jahren unter Rot-Grün, dass diesen Themen überhaupt keine Bedeutung geschenkt wurde und das ist das große Problem. Darum sind wir als ÖVP für einen Kurswechsel in dieser Stadt angetreten. Und ja, wir wollen mitregieren und diesen Themen sozusagen eine kompetente Lösung damit zukommen lassen.

Wagen wir noch einen Blick in die Zukunft: Wo sehen Sie Wien in 20 Jahren?

Wenn wir jetzt die richtigen politischen Weichenstellungen stellen, dann kann Wien in 20 Jahren nicht nur so schön wie es heute schon ist dastehen, sondern dann ist Wien auch höchst erfolgreich, ein Wirtschaftsknotenpunkt im Herzen Europas, eine Mitteleuropazentrale für internationale Firmen und die Kreativszene. Ähnlich angesagt und hip wie derzeit Berlin. Also ich sehe da gerade im wirtschaftlichen Bereich sehr viel Entwicklungsmöglichkeiten und ich hoffe- wenn wir wie gesagt nach dieser Wahl die richtigen Weichenstellungen stellen- dass sich die Stadt in diese Richtung hin entwickelt.

Unser Motto bei neuwal lautet „Making Politics a better place“- was können Sie dazu beitragen?

Ich glaube, die Politik muss redlicher werden. Anstand sollte wieder ein wichtiger Wert sein. Und wenn ich mir beispielsweise in der Asyldebatte ansehe, dass von der FPÖ nur Hetze kommt und von den Linken Bleiberecht für alle gefordert wird, dann sind das keine Lösungen, mit denen die Menschen etwas anfangen können. Wenn beim Thema Arbeitsmarkt dem Herrn Strache beim Sommergespräch nur einfällt, da muss man die Ausländer nach Hause schicken, dann ist das auch sehr dünn. Also ich glaube, die Menschen da draußen merken sehr wohl, ob man Ideen hat, die realisierbar sind oder ob man mit Schlagwörtern agiert.



GRÜNE

Die Grünen – Die Grüne Alternative

Wien

Obmann
Landesgeschäftsführerin
Landessprecher

Maria Vassilakou
Angela Stoytchev
Georg Prack

Spitzenkandidat(In)

1. Listenplatz
2. Listenplatz
3. Listenplatz
4. Listenplatz

Maria Vassilakou
David Ellensohn
Jennifer Kickert
Rüdiger Maresch
Birgit Hebein

GRÜNE Wien
Lindengasse 40, 1070 Wien

landesbuero.wien@gruene.at
+43 4 52125

Website
Parteiprogramm
Wahlprogramm

<https://wien.gruene.at>
<https://www.gruene.at/partei/programm/parteiprogramm>
<https://www.gruene.at/partei/programm/wahlprogramme>

Facebook
Twitter

<https://www.facebook.com/diegruenenwien>
<https://twitter.com/gruenewien>



Maria Vassilakou auf [meinparlament.at](http://www.meinparlament.at) eine Frage stellen
<http://www.meinparlament.at/p/3318/maria-vassilakou/>



Dossier: Maria Vassilakou auf [meineabgeordneten.at](http://www.meineabgeordneten.at)
<http://www.meineabgeordneten.at/Abgeordnete/maria.vassilakou>



Parteibezeichnung kurz
Parteibezeichnung lang

GRÜNE
Die Grünen – Die Grüne Alternative

Mutterpartei Österreich
Europapartei

GRÜNE - Die Grünen – Die Grüne Alternative
EGP (Europäische Grüne Partei)

Die Grünen wurden 1986 in Wien gegründet. Der Einzug in den Landtag gelang beim zweiten Antritt 1999, wo man mit 9,1 % der Stimmen 7 Sitze erreichte. Bei der Wahl im Jahr 2010 erreichten sie 12,6 % der Stimmen und gingen eine Koalition mit den Sozialdemokraten ein.

Die Grünen setzen sich neben der Umweltthematik auch für die Rechte der Minderheiten und für eine ökosoziale Steuerreform ein. Ihre Grundwerte gemäß dem Grundsatzprogramm von 2001 lauten: „basisdemokratisch, gewaltfrei, ökologisch, solidarisch, feministisch, selbstbestimmt“. Die Partei ist Mitglied der Europäischen Grünen Partei. Innerhalb der EU setzt man sich vor allem für ein atom- sowie gentechnikfreies Europa ein.

Bei der Wien-Wahl 2015 tritt die Partei auf Bezirks- und Gemeinderatsebene an. Als Spitzenkandidatin wird Maria Vassilakou ins Rennen gehen.



GRÜNE Wahlprogramm Wien 2015 (Auszug)

Wir haben die Wahlprogramme in den Kategorien Arbeit, Bildung, Jugend und Integration analysiert. In einigen Fällen sind diese Themenbereiche jedoch in anderen Kategorien inkludiert. Daher wurden der Vollständigkeit auch weitere Kategorien aufgenommen, aus denen Inhalte entnommen werden können. Vollständige Wahlprogramme finden Sie auf den entsprechenden Webseiten der Parteien.

Soziales

Mit der höchsten Kindermindestsicherung, einer Bio-Schuljause und einem Fördertopf für Projekte wollen sich die Grünen für mehr Chancengleichheit bei Kindern einsetzen und Kinderarmut bekämpfen.

In Sachen Mindestsicherung will man sich dafür stark machen, dass das Verfahren vereinfacht wird, auch um schneller helfen zu können.

Zudem wollen die Grünen mit der Sozialanwaltschaft eine Anlaufstelle schaffen, die themenübergreifende Unterstützung anbietet, um allen zu ihrem Recht zu verhelfen.

Der Fonds Soziales Wien solle im Sinne der Transparenz und der demokratischen Kontrolle wieder in die Stadt Wien eingegliedert werden.

Delogierungen will man mit Prävention entgegenwirken und für Obdachlosen soll es genügend Schlafplätze und Anlaufstellen geben.

Weiters finden sich im Wahlprogramm die Forderung nach mehr Begegnungszonen, einem Berufsgesetz für Sozialarbeit, die Zusage der Unterstützung im Falle von Energiearmut und das Versprechen das Bettelverbot abzuschaffen. Auch der Kampf gegen das kleine Glücksspiel soll fortgesetzt werden und die Suchtprävention soll fixer Bestandteil des Bildungssystems werden. Außerdem soll Cannabis, solange der Konsum nicht legalisiert ist, für medizinische Zwecke eingesetzt werden dürfen. In Sachen Sexarbeit steht die "Selbstbestimmtheit, Selbstständigkeit und die Sicherheit von Sexarbeiter_innen im Zentrum. Das beinhaltet die Schulung von Vertrauenspolizist_innen, die auch anonym konsultiert werden können, um Verbrechen wie Frauenhandel, Ausbeutung und Gewalt in der Prostitution bekämpfen zu können."

Menschen mit Behinderung wiederum sollen am gesamten gesellschaftlichen Leben teilhaben können. "Die zügige Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention garantiert ein selbstbestimmtes, inklusives Leben für alle."

Arbeit

Die Grünen fordern hier eine Verdoppelung der Mittel für den Wiener ArbeitnehmerInnen Förderungsfonds (waff), um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen.

"Neben der Aufstockung der Mittel sind neue Schwer-

punkte in Zukunftsberufen im Bereich Green Jobs zu setzen. Das Angebot für Frauen, Jugendliche, Arbeitnehmer_innen 50+ und Migrant_innen wird ausgebaut, eine Wiener Equal-Pay-Agentur eingerichtet und verstärkt Unterstützung für Neue Selbstständige und „Working Poor“ angeboten."

Geht es nach den Grünen, sollen Praktika fair entlohnt werden und sozial abgesichert sein.

Die Grünen machen sich auch für eine Interessensvertretung erwerbsloser Personen stark. Die "Arbeitslosen-anwaltschaft soll auf Bundesebene beim Informationstransfer unterstützen und als öffentliche Interessenvertretung agieren. In Wien setzen wir uns für eine bessere Unterstützung und für eine aktive Einbindung von Erwerbsarbeitsloseninitiativen in arbeitsmarktpolitische Belange ein."

Als Arbeitgeber soll die Stadt Wien ein Vorzeigemodell sein. So soll es keine prekären und atypischen Beschäftigungen geben, gleiche Bezahlung für Männer und Frauen, man strebt auch mehr Frauen in Führungspositionen an und will mit einer Reform des Besoldungsschemas im Magistrat für mehr Transparenz und Gerechtigkeit sorgen.

Umwelt

Die Grünen haben hier ein klares Ziel: Bis 2030 strebt man ein Minus von 35 % bei den CO₂-Emissionen pro Kopf an, bis 2050 sollen es minus 80 % pro Kopf im Vergleich zu 1990 sein. Die "energieeffiziente Nutzung bei gleichzeitigem Ausbau des erneuerbaren Energieanteils ist maßgebliches Ziel" bei der Wärmeversorgung, wobei man vermehrt auf Solarenergie setzen möchte.

Auch beim Bau neuer Gebäude soll auf Energieeffizienz geachtet werden und nach Möglichkeit vor Ort produziert werden, um möglichst wenig Energie zu verbrauchen.

Gleichzeitig soll Wien als "Stadt der besten Köpfe und Ideen zum Energieinnovationsnetzwerk" werden.

Bildung

Die Grünen sehen große Versäumnisse in diesem Bereich und fordern eine Bildungsrevolution. In Wien fordert man unter anderem eine Kindergartenplatzgarantie ab dem 2. Lebensjahr. Man fordert eine gemein-



same Schule der 6-14Jährigen und Ganztagschulen für jene, die das wollen. Brennpunktschulen mit sozial benachteiligten Kindern sollen nach Meinung der Grünen mehr Geld bekommen. Die Parteipolitik gehöre aus der Schule raus und die Schulen sollen selber entscheiden, welche Lernziele und Methoden sie für richtig hält. Dabei sollen die Schulen auch mit mehr Personal ausgestattet werden.

So fordern die Grünen 1000 neue LehrerInnen für Wiens Pflichtschulen. Zudem will man Wien zu einer Hochschul-Metropole machen. "Die Bedeutung der Hochschulen in Wien gehört – trotz formaler Bundeskompetenz – aufgewertet. Das beginnt bei der Bündelung der Zuständigkeiten in einem (statt drei) Ressorts und geht bis hin zur Erhöhung der Forschungsförderung bei gleichzeitig erhöhter Transparenz."

Jugend

"Die Interessen und Selbstbestimmtheit von Kindern und Jugendlichen werden durch die Aufwertung der Kinder- und Jugendanwaltschaft, Jugendparlamente, durch die Mitbestimmung bei Bauprojekten (Spielplätzen, Parkanlagen usw.) gestärkt." Vor allem die Sportförderung von jungen Frauen ist den Grünen ein Anliegen.

Die Grünen wollen außerdem Möglichkeiten schaffen, Jugendlichen Verhütungsmittel gratis zur Verfügung zu stellen.

Neue soziale Kompetenzzentren sollen Jugendlichen qualitative Betreuung mit längeren Öffnungszeiten ermöglichen, die auch der Lebenswelt der Jugendlichen entsprechen. "Mehr Angebote für kritische Mediennutzung, Finanzbildung und fairen Konsum soll es nicht nur in Schulen, sondern auch in der Jugendarbeit geben" und mit einer mobilen Jugendarbeit könne man zusätzliche Räume für Jugendliche schaffen für Tanz, Sport etc. Neue Siedlungen sollen zudem jugendgerecht entworfen werden und deshalb sollen Jugendliche auch bei der Planung miteinbezogen werden.

SeniorInnen

Die Grünen setzen sich für die Einbindung, Mitbestimmung und Teilhabe älterer Menschen ein. So fordern sie "leistbare Wohnmodelle für Generationenwohnen („Wohnen wie wir wollen“), leistbare Bildungsangebote (Bildung fördert Partizipation und Weiterentwicklung), die Förderung von generationengerechter Mobilität (Fußgänger_innenfreundlichkeit hilft Jung und Alt quer durch die Stadt) sowie Angebote für zivilgesellschaftliches Engagement."

Zudem will man sich vor allem für ein verstärktes Weiterbildungsangebot für Frauen der Generation 50+ einsetzen.

Wirtschaft

Für kleine UnternehmerInnen will man den Selbstbehalt von 20 % bei Arztbesuchen und Labordienstleistungen streichen. Auch Anspruch auf Mindestsicherung soll ohne Rückgabe des Gewerbescheins möglich sein. Die Grünen wollen sich auch für die Entwicklung alternativer ökonomischer Modelle wie die Solidarische Ökonomie einsetzen, um die Gemeinwohlorientierung in der Wirtschaft zu stärken.

Vor allem mit dem Beleben der Erdgeschoßzonen und dem Erhalten und Errichten von (Wochen)märkten will man die Nahversorgung stärken und den Anreiz für Einkaufszentren am Stadtrand gering halten.

Zudem wollen die Grünen mehr Transparenz in die kommunalen Auftragsvergaben und ins Budget der Stadt Wien bringen.

Integration

Die Grünen fordern einen respektvollen Umgang mit allen Menschen, unabhängig ihrer Herkunft und wollen eine Willkommenskultur etablieren. Flüchtlingen bekommen "eine respektvolle, menschenwürdige Unterstützung, durch ausreichende psychosoziale Angebote, bildungs- und ausbildungsbegleitende Maßnahmen für Kinder und Jugendliche, Zugang zu Deutschkursen, spezifische Unterstützungsangebote für Frauen, Stärkung von Flüchtlingen in ihrer Selbstorganisation. In diesem Bereich tätige NGOs können bei der Finanzierung auf mehr Planungssicherheit vertrauen." Zudem sollen schulpflichtige Kinder einen Schulplatz bekommen und die Flüchtlinge einen Zugang zum Arbeitsmarkt erhalten.

Wien soll laut den Grünen bei Grund-, Freiheits- und Menschenrechten eine Vorreiterrolle einnehmen. "Ein Masterplan 'Menschenrechte', Menschenrechtsbildung an Wiener Schulen, die Einrichtung einer Ombudsstelle und Informationskampagnen gegen Diskriminierung und für Zivilcourage unterstreichen Wiens Anspruch als Stadt der Menschenrechte."

Auch beim Wahlrecht fordern die Grünen Änderungen. So sollen MigrantInnen ab 16 sowohl die Bezirksvertretung, den Landtag als auch den Gemeinderat wählen dürfen. Das passive Wahlrecht, also die Möglichkeit selbst gewählt zu werden, soll den Regeln für EU-BürgerInnen angeglichen werden.





Video-Interview auf
neuwal.com/walmanach/wien15/gruene

Maria Vassilakou

„Ich glaube, eine der perfidesten Begriffe der letzten Jahre ist der Begriff Wirtschaftsflüchtling.“

Es freut uns, dass Frau Vizebürgermeisterin Vassilakou Zeit gefunden hat für das walmanach-Interview. Zunächst möchte ich Sie bitten sich und Ihre Partei kurz vorzustellen.

Vassilakou (Wiener Grüne): Ich heiße Maria Vassilakou und bin Vizebürgermeisterin in Wien und durch solche zuständig für Verkehrspolitik, für die Stadtentwicklung, für den Klimaschutz, für die Energieplanung und für die Bürgerbeteiligung.

Die Grünen sind meine Partei. Wir sind jene Partei, die seit ihrer Gründung ohne Wenn und Aber für ökologische Erneuerung, für soziale Sicherheit, soziale Fairness steht und dafür, dass wir alle in einer weltoffenen Welt leben können. Eine Welt, in der jeder und jede sein Leben leben kann, wie er oder sie will, frei von Zwängen und selbstbestimmt. Aber auch eine Welt, in der wir alle gemeinsam Verantwortung für die Zukunft übernehmen und tragen.

Wenn Sie die politische Situation in Wien betrachten, zunächst was fällt Ihnen da auf, was läuft gut?

Zentral ist für mich, dass Wien eine Stadt ist, in der sich immer noch sehr viele Menschen das gute Leben leisten können. Anders als in anderen europäischen Städten, die immer mehr zu einem exklusiven Klub für die Reichen und Schönen werden.

Gut ist, dass in Wien derzeit 65 % der Wiener Bevölkerung in geförderten Wohnungen wohnen. Das heißt, zumindest im geförderten Bereich ist das Wohnen weiterhin gut leistbar.

Gut ist, dass wir in Wien etwa mit der 365 Euro-Jahreskarte um 1 Euro pro Tag überall hinkommen, und im Übrigen die günstigste Jahreskarte europaweit haben. Das bedeutet übrigens auch, dass wir hier in Wien mit über 70 % aller Wege, die täglich auf ökologische Weise zurückgelegt werden, die Nase vorn haben unter europäischen Städten in Sachen saubere Mobilität. Gut ist in Wien, dass wir schöne Grünräume haben, nicht nur im Inneren der Stadt, sondern auch rund um uns herum. Die wollen wir auch weiterhin schützen.

Und gut ist, dass Wien eben aus all diesen Gründen in Sachen Lebensqualität wirklich eine sehr,



sehr lebenswerte Stadt ist, die sich auch jeder leisten kann.

Was läuft weniger gut?

Vassilakou (Wiener Grüne): Nun, schaut man genauer hin, dann stellt man fest, dass bei allen Anstrengungen, etwa bei den 15Jährigen jede/ jeder fünfte nicht sinnerfassend lesen kann. Und übrigens in einer Stadt wie Wien, wo 60 % der Tafelklassler eine andere Muttersprache haben als Deutsch, wird viel zu wenig in den Wiener Schulen investiert. Das Schulsystem ist veraltet. Ein zweites Beispiel: Ja, man kann sich noch das Wohnen leisten. Aber in den letzten Jahren, im letzten Jahrzehnt haben die Mieten am freien Markt um 70 % zugelegt und Befristungen sind die Regel und nicht die Ausnahme.

Ein drittes Beispiel: Wien ist in hohem Maß in seiner Energieversorgung vom Gas abhängig und die Umstellung auf eine neue, saubere Energiepolitik, auf eine zukunftsweisende Energiepolitik, geht mir viel zu langsam voran. Und das alles bedeutet auch, sehr, sehr viele Chancen auf wertvolle Arbeitsplätze, die derzeit nicht genutzt werden. Wir haben die höchste Beschäftigungsquote als je zuvor, wir haben aber auch die höchste Arbeitslosenrate als je zuvor. Also, wir müssen uns anstrengen.

Was sind nun ausgehend von diesen Überlegungen Ihre Visionen und Ideen für Wien?

Nun, ich möchte eine Schulreform in Wien. Das bedeutet, dass wir nicht nur viel mehr Mittel in die Schulen investieren, sondern dass wir auch dafür sorgen, dass sie direkt in den Klassenzimmern ankommen.

Ich will 1000 zusätzliche Lehrer und Lehrerinnen für Wiens Schulen. Ich will, dass die Schulen frei entscheiden können über die Unterrichtsmethoden, die vor Ort eingesetzt werden. Ich glaube, eine Schule weiß immer besser, was vor Ort benötigt wird als es die Stadtschulratbürokratie vorsieht.

Und damit bin ich beim dritten Punkt: Ich will die besten Köpfe für unsere Kinder in den Schulen haben und nicht diejenigen mit den besten Parteibeziehungen.

Ich will eine Mietrechtsreform erreichen, die von Wien aus durchaus erzwungen werden kann. Denn die erlahmte Bundesregierung hat uns ja schon in den vergangenen Jahren vielfach versprochen, dass es hier zu einer Reparatur des Mietrechts kommt. Aber bis jetzt ist nichts geschehen.

Ich will 1000 zusätzliche, neue Gemeindewohnungen pro Jahr, die Wien errichtet. Um sicherzustellen, dass vor allem jüngere Menschen leistbaren Wohnraum vorfinden.

Und ich will ein Antispekulationspaket schnüren, das sicherstellt, dass gierigen Spekulanten, die derzeit teilweise auch mit illegalen Methoden arbeiten, das Handwerk gelegt wird.

Ich will, dass wir stärker und wesentlich mutiger in erneuerbare Energien investieren und dass wir es innerhalb der nächsten 2 Jahrzehnte schaffen, diese hohe Abhängigkeit vom Gas, die wir derzeit in unserer Energieversorgung haben, hinter uns zu lassen.

Und ich will, dass Wien weiterhin eine schöne, stolze und weltoffene Stadt bleibt, die nicht nur selbstverständlich Flüchtlingen Schutz bietet, sondern die uns allen, egal woher wir gekommen sind, ein neues Zuhause sein kann und das natürlich mit konkreten Integrationsmaßnahmen fördert.

Ich glaube, eine der perfidesten Begriffe der letzten Jahre ist der Begriff Wirtschaftsflüchtling. Ich muss auch ehrlich sagen, ich mache keinen Unterschied, ich sehe auch keinen Unterschied, ob jemand um sein Leben flieht, sei es dass er um sein Leben flieht vor Krieg, sei es um sein Leben flieht vor einer Naturkatastrophe, sei es dass er um sein Leben flieht vor Hunger oder sei es dass er um sein Leben flieht, weil er aus politischen Gründen verfolgt wird. Ich hielte es für angebracht, ich glaube es würde uns allen gut stehen, wenn wir aufhören, diese Unterscheidungen zu treffen. Und wir sollten dafür sorgen,



dass Menschen, die Unglaubliches auf sich nehmen, um überhaupt Europa zu erreichen - viele schaffen das ja gar nicht, sondern ertrinken in den Fluten des Mittelmeeres - hat man es aber einmal geschafft und klopft an unserer Tür, bin ich sehr dafür, dass wir Menschen aufnehmen und ihnen ein neues Zuhause geben.

Darf ich beim letzten Punkt noch nachfragen, wie das denn geregelt werden soll. Wie sollte diese Flüchtlingspolitik in Wien gestaltet werden?

Für mich besteht Flüchtlingspolitik im Wesentlichen aus dem Satz: „So viel Menschen wie möglich, die Schutz suchen, auch aufzunehmen, aber auch menschenwürdig zu behandeln und zu betreuen.“ Ganz besonders gibt es ein Beispiel, das offenlegt, worum es hier geht. Ich finde es großartig, dass wir in Wien alle Kinder, die jetzt ohne Eltern nach Österreich geflüchtet sind, aus Traiskirchen geholt haben. Das ist für mich eine Selbstverständlichkeit.

Doch was ich erreichen möchte ist, dass diese Kinder auch entsprechend den Standards der Jugendwohlfahrt versorgt werden. Das heißt, dass sie nicht nur gut untergebracht werden und mit Wärme und auch mit Liebe großgezogen werden, sondern auch die Möglichkeit haben eine Schule zu besuchen, eine gute Ausbildung zu absolvieren und dass wir auch begreifen, dass das auch Wienerinnen und Wiener sind.

Sie werden morgen auch dazu beitragen, dass diese Stadt ein noch besserer Ort zum Leben sein wird.

Also keine Unterscheidung zwischen Wiener Kindern, die in Not geraten und Flüchtlingskindern, die wir in Wien aufnehmen.

Ideen sind gut, entscheidend ist aber immer die Frage der Machbarkeit und der Umsetzung. Also wie wollen Sie diese Ideen letztlich umsetzen und realisieren?

Für mich gilt es, unbeirrt an die Sache heranzugehen. Zu begreifen, dass es sehr oft auch Gegenwind gibt, manchmal gibt es auch sehr starken Gegenwind, aber man darf nicht beim ersten Gegenwind aufgeben, mutig, konsequent handeln und eins nach dem anderen anpacken und umsetzen.

Genau so habe ich es in den vergangenen 5 Jahren gehalten und deswegen gibt es nach 5 Jahren der Grünen in der Regierung hier in Wien die billigste Jahreskarte in ganz Europa. Das war nicht leicht, das durchzusetzen. Deswegen kam es zur Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung und ja, es war unbequem. Viele wollten es am Anfang nicht oder sahen nicht ein, wozu es gut sein soll, aber es wirkt.

Deswegen gibt es die neue Mariahilferstraße, um ein drittes Beispiel zu geben.

Und deswegen gibt es 19 Bürgersolarkraftwerke, die nicht nur Investitionen in Höhe von 20 Millionen in Gang gesetzt haben, sondern dafür sorgen, dass Wien viel stärker den Sonnenstrom nutzt.

Also genau so wollen wir eins nach dem anderen. Tausend neue LehrerInnen, neue Gemeindeförderungsbauwerke, Flüchtlingsunterkünfte wie gesagt bestmöglich unterbringen und versorgen und dafür sorgen, dass alles, was wir jetzt in Aussicht stellen für die nächsten 5 Jahre, auch erledigt wird.

Wagen wir noch einen Blick in die Zukunft: Wo sehen Sie Wien in 20 Jahren?



Für mich ist es völlig klar. Ich will, dass wir schlicht und ergreifend die Nummer 1 sind, nicht nur in Europa, sondern in vielen Belangen auch weltweit. Ich glaube, dass wir auch die Chance haben, das zu erreichen.

Was meine ich damit? Ich will Schulen, in denen unsere Kinder nicht bloß Lesen und Schreiben lernen. Das ist das Minimum. Sondern wo sie die Chance haben, ihre Talente zu entdecken, wo sie Lust am Lernen bekommen, Schulen aus denen die besten Köpfe für die Zukunft herauskommen und mit viel Kraft, auch Innovationskraft, dafür sorgen, dass Wien in sehr, sehr vielen Bereichen die Nase vorn hat. Denn wenn ich etwa daran denke, wie viel Beschäftigungspotenzial alleine jetzt schon in Zukunftsbranchen liegt- alleine jetzt arbeiten sozusagen ein Viertel aller Wienerinnen und Wiener in Zukunftsbranchen- dann meine ich, dass Investitionen in gute Bildung heißt, dass wir in diesen Bereichen auch sehr, sehr viel mehr schaffen können in den nächsten Jahren.

Ich will, dass wir die grüne Hauptstadt Europas sind. In 20 Jahren ab jetzt. Ich will, dass wir unsere Energieversorgung in 20 Jahren weitestgehend aus sauberen, erneuerbaren Quellen gestalten können.

Und ein letztes noch, und das liegt mir sehr am Herzen. Ich will, dass wir in 20 Jahren weiterhin eine Stadt sind, in der sich junge Familien das Leben mitten in der Stadt weiterhin leisten können und nicht wie in anderen europäischen Städten in die Peripherie ziehen müssen, wo sich Fuchs und Hase Gute Nacht sagen, weil sie sich keine Mieten in der Stadt mehr leisten können. Ja und das alles können wir angehen und schaffen.

Unser Motto bei neuwal lautet „Making Politics a better place“- was können Sie dazu beitragen?

Ich denke zweierlei. Das erste ist... nein ich muss das korrigieren, ich hätte gesagt sogar dreierlei. Das erste ist, wir können beweisen und vielen Menschen in Erinnerung rufen, dass Politik wieder das sein kann, was es sein soll. Nämlich nicht Dinge vor der Wahl versprechen und hinterher in Lethargie verfallen oder gegenseitig alles zu verunmöglichen. Sondern vielmehr ja genau das zu tun, was man vor der Wahl gesagt hat, dass man tun wird. Das denke ich, haben wir in den letzten 5 Jahren bewiesen und gibt vielen Menschen auch Hoffnung für die nächsten 5 Jahre.

Das zweite ist, dass es möglich sein muss in Wien, eine Politik voller Mut und Zuversicht zu machen. Eine Politik, die nicht mit Ängsten arbeitet. Ich glaube in Wien hat man es satt, dass die FPÖ ununterbrochen mit der Angst vor allem und jedem arbeitet. Also vor Ausländern, vor Arbeitslosigkeit, vor Europa und vieles andere mehr. Und die SPÖ wiederum arbeitet mit der Angst gegen die FPÖ. Ich bin der Meinung, was wir beweisen können als Grüne ist, dass wir die Angstbrüder zur Seite lassen, gemeinsam Richtung Zukunft gehen und konkrete Projekte, wie gesagt voller Mut und voller Zuversicht, auch anpacken und umsetzen.

Und ein drittes: Die Grünen sind 100 % sauber. Die Grünen sind die einzige Kraft im österreichischen politischen System, die niemals irgendetwas zu tun hatte mit den Spekulations- und Korruptionsskandalen der letzten Jahre. Sondern, wenn sie etwas damit zu tun hatte, dann, dass sie es aufgedeckt hat mit harter Arbeit.

Also, das sind 3 gute Gründe, Grün zu wählen.



NEOS

Das neue Österreich - Liberales Forum

Wien

Landessprecherin
Stv.

Beate Meinl-Reisinger
Markus Ornig

Spitzenkandidat(In)

2. Listenplatz
3. Listenplatz
4. Listenplatz
5. Listenplatz

Beate Meinl-Reisinger
Markus Ornig
Bettina Emmerling
Stefan Gara
Christoph Wiederkehr

Ausrichtung
Lager
Kandidatur
Gründung

Liberal
Liberales
Wahlvorschlag
27.10.2012

Stimmenanteil (2010) -
Mandate (2010) -

Höchstes Ergebnis -
Niedrigstes Ergebnis -

NEOS Wien
Neustiftgasse 73-75/7, 1070 Wien

kontakt@neos.eu
+43 1 40110 9000

Website

<http://www.neos.eu>

Parteiprogramm

<https://neos.eu/programm/>

Wahlprogramm

<https://wien.neos.eu/wahlprogramm/>

Facebook

<https://www.facebook.com/NeosDasNeueOesterreich>

Twitter

https://twitter.com/neos_eu



Beate Meinl-Reisinger auf meinparlament.at eine Frage stellen
<http://www.meinparlament.at/p/4739/beate-meinl-reisinger/>



Dossier: Beate Meinl-Reisinger auf meineabgeordneten.at
<http://www.meineabgeordneten.at/Abgeordnete/Beate.Meinl-Reisinger>



Parteibezeichnung kurz
Parteibezeichnung lang

NEOS
NEOS - Das neue Österreich und Liberales Forum

Mutterpartei Österreich
Europapartei

NEOS - Das neue Österreich und Liberales Forum
ALDE - Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa

NEOS – Das Neue Österreich und Liberales Forum ist eine liberale Partei in Österreich. Sie wurde im Oktober 2012 unter dem Parteinamen NEOS – Das Neue Österreich gegründet und trat zur Nationalratswahl in Österreich 2013 in einem Wahlbündnis mit dem Liberalen Forum an, mit welchem sie in der Folge im Jänner 2014 fusionierte. Bei der letzten Nationalratswahl im Jahr 2013 erreichte die Partei 5,0 Prozent der Stimmen und ist daher im Nationalrat mit neun Abgeordneten vertreten.

Bei der Nationalratswahl 2013 konnte NEOS in Wien einen Stimmenanteil von 7.65 % verzeichnen - im ersten Wiener Gemeindebezirk sogar 15.6 %.

Beate Meinel-Reisinger wurde als Spitzenkandidatin für die Landtags- und Gemeinderatswahl in Wien 2015 vom Team bestätigt. Meinel-Reisinger ist verheiratet und hat zwei Kinder.

NEOS Wahlprogramm Wien 2015 (Auszug)

Wir haben die Wahlprogramme in den Kategorien Arbeit, Bildung, Jugend und Integration analysiert. In einigen Fällen sind diese Themenbereiche jedoch in anderen Kategorien inkludiert. Daher wurden der Vollständigkeit auch weitere Kategorien aufgenommen, aus denen Inhalte entnommen werden können. Vollständige Wahlprogramme finden Sie auf den entsprechenden Webseiten der Parteien.

Arbeit und Wirtschaft

- Bürokratie-Dschungel durchforsten
- Lohnnebenkosten senken
- Neue Lehrberufe ermöglichen
- Bessere Bildung als Hebel
- One-Stop-Shops für Unternehmen
- Flexiblere Ladenöffnungszeiten
- Durchdachte Infrastruktur

Umwelt, Stadtplanung

- Raum für Wachstum schaffen
- Wohnen leistbar machen
- Mehr Mobilität, weniger Stau
- Miteinander leben
- Gesundheitsversorgung sichern

Bildung

- Parteibücher raus aus den Schulen
- Bildung von Anfang an
- Modellregion mündige Schule
- Freie Schulwahl ohne Schulgeld
- Ein Bildungsabschluss für jedes Kind
- Ausbildung für eine digitale Zukunft
- 120 Mio. Euro mehr für Bildung!

Jugend

- Lehrstellenoffensive für Wien
- Gemeindebau für Junge öffnen
- Mehr Freiraum für junge Menschen
- Pensionsprivilegien abschaffen
- Top-Hochschulen für Wien

Spezielles

Verwaltung

- 120 Millionen bei der Politik sparen
- NEOS möchte die Parteienförderung und die Werbemillionen der Stadt um 50% reduzieren. Außerdem möchte NEOS strenge Richtlinien, damit die Werbeausgaben nicht zur politischen Eigenwerbung der regierenden Parteien missbraucht werden. Mit diesen und anderen Maßnahmen werden lt. NEOS 120 Millionen Euro allein am politischen Apparat gespart.
- Halb so viele Abgeordnete
- 100 Abgeordnete im Gemeinderat und derzeit 1.112 Mitglieder der Bezirksvertretungen sind zu viel. NEOS möchte beide Gremien auf die Hälfte reduzieren. Zum Vergleich: Hamburg kommt in Bürgerschaft und Bezirksvertretungen mit insgesamt nur 478 Politikern aus.
- Abschaffung sinn- und funktionsloser Politiker_innenposten
- Mehr als 4.200 Euro brutto verdienen stellvertretende Bezirksvorsteher_innen monatlich. Auf über 8.000 Euro brutto kommen nicht amtsführende Stadträt_innen. Plus Kosten für Büro und Spesen. Fürstliche Gehälter für Posten ohne Aufgabe und ohne Verantwortung wollen wir abschaffen! NEOS möchte sie auch nicht annehmen, wenn sie nach der Wahl Anspruch darauf haben.
- Rechenschaftspflicht für Parteivereine
- Zusätzlich zur Parteienförderung von 27 Mio. Euro kassieren parteinahe Vereine und Vorfeldorganisationen noch weitere Steuermillionen aus verschiedensten



Budgettöpfen. NEOS fordert eine strenge Rechenschaftspflicht über diese Mittel, um die gängige verdeckte Parteienfinanzierung abzustellen.

- Verbot öffentlicher Aufträge an Parteiunternehmen
- Aufträge in Höhe von mehr als 23 Mio. Euro haben die Stadt Wien und ihre Tochterunternehmen 2013 an parteinahe Unternehmen vergeben.
- Diese Freunderlwirtschaft muss ein Ende haben. Öffentliche Aufträge an parteinahe Unternehmen und Organisationen, sowie an Firmen, die im Eigentum bzw. wirtschaftlichem Einfluss von Funktionsträgern_innen stehen, müssen verboten werden.
- Schuldenbremse und Transparenz
- 11 Mrd. Euro Schulden insgesamt, und jede Minute werden es um 1.500 Euro mehr. Die jetzige Politik lebt auf Kosten der jungen Generation.
- Wien braucht eine Schuldenbremse in der Verfassung und Transparenz beim Budget: Wir fordern eine Bilanz und die Offenlegung der Finanzen aller Beteiligungen. Außerdem fordern NEOS ein Spekulationsverbot: Raus aus dem Schweizer Franken, unser Steuergeld darf nicht am Casinotisch verzockt werden.
- Schluss mit dem Gebührenwahnsinn! Gebühren für kommunale Dienstleistungen dürfen nicht länger der Abzocke der Bürger_innen und zur Finanzierung des politischen Apparats dienen.
- NEOS fordert, dass Gebühren maximal kostendeckend eingehoben werden oder für den Ausbau der Infrastruktur zweckgewidmet werden.

Abspeckplan für gierige Politik

- Bessere Bildung für bessere Chancen
- Neue Jobs durch Unternehmergeist
- Wir Bürger_innen holen uns die Stadt zurück!
- Eine starke Stimme für eine neue Generation

Sparen

- Minus 50% bei Parteienförderung und politischen Werbeausgaben
- Halbierung der Gemeinderät_innen und Bezirksrät_innen
- Sinnlose politische Posten ohne echte Funktion abschaffen
- Verbot von öffentlichen Aufträgen an Parteiunternehmen und Parteiorganisationen
- Transparenz bei Förderungen an parteinahe Vereine
- Kampf gegen Korruption aufnehmen
- Schuldenbremse und Bürger_innenbudget verankern

Direkte Demokratie

- Hürden für Bürger_innenbeteiligung absenken
- Wir reden mit: Bürger_innenbudget
- Frühzeitige Einbindung bei Bauprojekten
- Partizipation in die Stadtverfassung
- Amtszeitbeschränkung für Politiker





Video-Interview auf
neuwal.com/walmanach/wien15/neos

Beate Meinel-Reisinger

„Ich habe noch nie jemanden getroffen, der die Bezirksräte wirklich sagen kann. Braucht niemand, das sind Versorgungsjobs.“

neuwal: Schönen guten Tag Frau Beate Meinel-Reisinger. Sie kandidieren als Spitzenkandidatin bei der Wien Wahl 2015. Wir bitten Sie, sich und ihre Partei kurz in wenigen Worten vorzustellen. Wer sind Sie und was sind die NEOS?

Beate Meinel-Reisinger (NEOS): Mein Name ist Beate Meinel-Reisinger. Ich bin 37 Jahre alt. Bin verheiratet und habe zwei Kinder. Ich bin derzeit Nationalratsabgeordnete. Ich bin in den Bereichen Justiz, Familie, Kultur, Konsumentenschutz, Frauenpolitik tätig. Ich bin Wiener Landessprecherin und jetzt eben Spitzenkandidatin der NEOS. Ich bin Wienerin, habe Jus studiert. Und jetzt freue ich mich auf die Wien Wahl.

Das ist die erste Wien Wahl, bei der wir antreten. Ich freue mich. Wir werden im Gemeinderat vertreten sein. NEOS ist eine Bewegung, die für Veränderung steht. Wir wollen eine Veränderung in der österr. Politlandschaft, im politischen System. Uns sind Reformen sehr wichtig - allen voran eine Bildungsreform. Und wir kämpfen. Kämpfen ist richtig - gegen das derzeitige politische System.

Wenn Sie die politische Situation in Wien betrachten, zunächst was fällt Ihnen da auf, was läuft gut?

In Wien läuft es noch gut. Wien steht im internationalen Vergleich bei verschiedenen Indikatoren recht gut dar. Also allen voran wird ja auch immer gebracht die höchste Lebensqualität. Keine Frage. Unglaubliche Lebensqualität. Die Frage ist, ob das an der Politik liegt oder an der schönen Lage. Diese Studie ist halt immer unter Top-Managern gemacht; das muss man halt auch immer sehen. Aber wir stehen noch gut da, was eben Wirtschaftsfaktoren angeht, was Arbeitslosigkeit angeht. Ja, noch.

Und was läuft weniger gut?

Das Problem ist eben, dass alle diese Indikatoren nach unten zeigen. Es ist vielleicht etwas dramatisch, aber durchaus ernst gemeint, wenn ich sage: Wir fahren gegen die Wand. Wir haben eine steigende Arbeitslosigkeit. Wir haben kein Wachstum. Wir haben sinkende Arbeitsplätze. Wir haben Bildungsverlierer in einem hohen



Ausmaß. In Wirklichkeit sind ja Bildungspolitiker nicht nur in dieser Stadt, sondern in Österreich Wirtschaftsverbrecher, weil 1/3 der Jugendlichen, die in Wien die Pflichtschule verlassen, können nicht sinnerfassend lesen. Sie sind also funktionale Analphabeten, die dann mehr oder weniger am direkten Weg ins AMS gehen.

Was sind Ihre politischen Ideen für Wien?

Ich fange einmal mit der Vision an. Meine Vision wäre, in dieser Stadt, dass es wieder eine Aufbruchsstimmung gibt. Also eine wirkliche Aufbruchsstimmung, dass sich wieder Unternehmen gründen, ansiedeln, dass es wieder mehr Arbeitsplätze gibt. Auch aus dem Ausland, dass man sagt: Das ist eine Stadt, in der kannst du dich verwirklichen, da kannst du etwas werden. Das brauchen wir dringend. Wir brauchen Arbeitsplätze. Ich glaube, wir brauchen dringend Reformen. Unter anderem im Bildungsbereich - ganz dringend. Da brauchen wir auch u.a. mehr Geld. Was aber das Kernproblem ist, dass sich in der Stadt nichts bewegt, weil wir ein politisches System haben, das fett, faul und filzig geworden ist. Wir haben eine Partei, die SPÖ Wien, die glaubt, die Stadt gehört ihr. Es ist teilweise nicht unterscheidbar: Ist das jetzt Stadt Wien oder SPÖ Wien?

Und gegen dieses völlig aufgeblähte politische System, das auch keine Veränderung will. Das einzige, was diese Politik oder diese Stadtregierung oder dieses politische System will, ist, dass es erhalten bleibt. Wir wollen eine Veränderung. Und daher treten wir gegen dieses politische System an. Gegen dieses aufgeblähte System. Und sagen: Dort müssen wir einsparen. Da sparen wir nicht bei den Leistungen für die Wienerinnen und Wiener, nur bei den Politikern. Unter anderem durch Halbierung der Parteienförderung, Halbierung der Posten, Abschaffung von sinnlosen Jobs wie „Nicht amtsführende Stadträte“ oder „zweite Bezirksvorsteher-Stellvertreter“, wo es nur darum geht, Leute zu versorgen oder irgendwie in diesem Politsystem Karriere zu machen, sparen wir 120 Millionen Euro im Jahr ein und investieren dieses Geld in die Bildung. Weil

die Bildung und Ausbildung unserer Kinder ist die Zukunftsressource für die Stadt.

Welche Ideen haben Sie in Bezug auf die aktuelle Flüchtlingsthematik?

Also das Flüchtlingsthema ist primär mal ein Bundesthema, aber nicht nur. Wir waren in Traiskirchen und haben uns das angeschaut. Ich muss da gar nicht hinfahren - sehe genügend Bilder. Das ist ein Versagen des kompletten politischen Systems auf allen Ebenen. Man muss sich vorstellen: Da ist Innenministerium mittlerweile, Außenministerium, Verteidigungsministerium, Bundeskanzler finally. Also, dass er sich dann doch nach Wochen des Abtauchens gemeldet hat. Der Vizekanzler ist involviert. Sagen Sätze wie: „Wir können ja nicht zaubern.“ Das erwartet auch niemand. Aber, was wir erwarten - und dafür zahlen wir sehr viel Geld -, ist, dass es gemanagt wird. Und das Problem ist aber, dass wir ein föderales System haben, wo die Bundesländer dann auch zuständig sein müssten. Die Landeshauptleute sagen aber... - in dem Bereich muss ich sagen, ist Wien eh eine Ausnahme -, ja, aber nicht bei uns, wir haben ja Wahlen und das geht ja nicht und keine Ahnung. Und schieben den Ball dann wieder an den Bund zu oder an die Gemeinden zu. Und die Gemeinden spielen wieder Pingpong rauf. Dieses komplette politische System versagt da. Und das ist eigentlich ein Wahnsinn, weil das ein komplettes Managementversagen ist.

Wie möchten Sie Ihre Ideen umsetzen?

Also zu den Punkten: Geld für Bildung anstatt für die Politik, also gscheite Kinder statt gstopfte Politiker. Wir haben auch ein Aufbegehren gestartet. Einerseits eine Unterschriftenliste. Da haben wir jetzt schon 10.000 Unterschriften. Also, 10.000 Wienerinnen und Wiener haben das jetzt schon unterstützt. Und wir haben das erste kommunale Volksbegehren gestartet. Es gab noch nie ein Volksbegehren in Wien. Warum? Weil es eigentlich unmöglich ist, das zu schaffen. 60.000 Menschen müssten aufs Magistratische Bezirk-



samt gehen. Das ist ein Demokratieverständnis der Steinzeit. Diese Stadtpolitik will keine aktiven Bürger, die für ihre Interessen und Ideen eintreten. Aber das haben wir gestartet. Wir machen Druck mit den Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt - erstens. Und zweitens haben wir es seriös durchgerechnet: Das heißt, diese 120 Millionen Euro sind seriös durchgerechnet.

Das ist alles viel Geld, das wir bei der Politik sparen können. Halbierung der Parteienförderungen: 27 Millionen Euro im Jahr kassieren die Wiener Parteien. Damit sind die Wiener Parteien Weltmeister, was die Parteienförderung angeht. Und ich weiß nicht, ob es den Wienerinnen und Wienern so angenehm ist, dass wir die ganze Zeit im Dauerplakatwahlkampf sind. Das kann man halbieren. Die Anzahl der Gemeinderäte kann man halbieren. Wir haben 100 Gemeinderäte - genauso viel Mitglieder wie der US-Senat. Brauchen wir nicht. Über 1.100 Bezirksräte. Ich frage Sie: Wissen Sie in ihrem Bezirk, kennen Sie die Bezirksräte? [...]

Ich habe noch nie jemanden getroffen, der die Bezirksräte wirklich sagen kann. Braucht niemand, das sind Versorgungsjobs. Und da gibt es eben die „nicht amtsführenden Stadträte“. Die politischen Jobs im Stadtschulrat. Wir brauchen einen echten Stadtschulrat, der eine Bildungsserviceagentur ist. Der die Schulen serviciert, mit den Mitteln ausstattet, die sie brauchen. Aber definitiv nicht das Parteibuch regieren lässt. Wir haben eine Stadtschulratspräsidentin, die von sich aus sagt: Ich bin Politikerin.

Da werde ich wirklich wütend, das ist nicht ihre Aufgabe. Sie hat sich darum zu kümmern, dass unseren Kindern die beste Bildung in den Schulen gegeben wird. Und nicht, dass sie dort ihre Parteipolitik macht. Diese ganzen Jobs können wir abschaffen. Das sind 120 Millionen Euro im Jahr. Das ist eine Menge Geld. Und das wären 1.000 Euro pro Pflichtschülerin und Pflichtschüler. Wir machen Druck. Wir machen auch Druck mit den Wienerinnen und Wienern.

Was ist Ihre Vision: Wien in 20 Jahren?

In 20 Jahren würde ich mir wünschen - und das würde der Stadt glaube ich gut tun -, dass jemand aus meiner Generation, also dann vielleicht sogar jemand aus der nächsten Generation, Bürgermeister dieser Stadt ist. Und wenn es eine Frau wäre, wäre das auch sehr gut. Weil wir eine neue Generation an Politikern brauchen, die sich nicht nur um ihre Jobs, um ihr Einkommen, um ihre Netzwerke kümmern. Sondern, denen Politik ein Anliegen ist. Die für die Menschen arbeiten wollen. Die vielleicht auch als nächste Generation mit anderen Blicken darauf gehen. Nämlich: Was ist die Nachhaltigkeit in der Politik.

Und, die aber auch sagen: Ich gehe wieder nach zehn Jahren. Wir brauchen keine Sesselkleber. Bürgermeister Häupl ist übrigens der zweitlängst dienende Bürgermeister dieser Stadt. Vor ihm war es nur der Herr Bürgermeister Hörl, nach dem die Hörlgasse benannt wurde. Das haben wir uns nämlich angeschaut. Er ist so Ende des 18. und Anfang des 19. Jahrhunderts Bürgermeister gewesen. Ich glaube, 31 Jahre lang. Aber der hat im Unterschied zu Michael Häupl eine Beamtenreform, eine Verwaltungsreform durchgezogen. Wir brauchen wirklich keine Sesselkleber.

Eines unserer Ziele und Visionen bei neuwal ist: „Making politics a better place“. Was können Sie dazu beitragen?

Das ist für uns ein sehr wichtiges Thema. Politik ist wichtig. Also, ich rede da auch sehr viel mit jungen Menschen. Sie sagen: Naja, eigentlich ist das ur-fad oder ich gehe gar nicht wählen. Ich sage: Schau auf die Straße, schau da runter, Parkplätze. Das ist Politik. Schau auf das Plakat, das zahlst Du - vielleicht noch nicht, aber irgendwann einmal mit deinem Steuergeld. Das ist alles Politik. Politik - sagen wir - ist der Ort, wo wir uns ausmachen, wie wir miteinander leben. Und der ist wichtig. Er ist allerdings völlig unerfreulich. Er ist grau, er ist korrupt. Es wird überhaupt nicht mehr vertraut. Letzte Woche war ich im 17. Bezirk auf der Straße und habe jemanden ge-



treffen, einen Mitarbeiter sogar der Stadt Wien. Er hat mir gesagt - wir haben über Korruption in der Politik oder „strukturelle Korruption“, wie ich es nenne, gesprochen -, naja, Sie, Sie sind halt noch nicht in die Lage gekommen. Deshalb sind Sie noch nicht korrupt geworden. Ich meine, das ist eigentlich abartig, was für ein Misstrauen Politikern gegenüber gebracht wird. Und daher müssen wir alles daran setzen, dass es erstens wieder freudvoll wird. Dass es wieder Lust macht, mitzumachen. Da geht es um die Prozesse: Wie machen wir das Programm, wie kann man bei uns mitmachen? Ich halte die Mitgliederparteien für völlig überholt. Bei uns ist bspw. jeden Tag um 18 Uhr Open House. Mitten hier in unserer Kampagnenzentrale, wo die Menschen hinkommen und sich informieren können, auch zuhören können. Ja, wir haben nichts zu verbergen. Und dann geht es sehr viel darum, auch wirklich ein Regelwerk zu schaffen, das transparentere, ehrlichere Politik ermöglicht.

Also: Offenlegung der Parteifinzen. Transparenzgesetz, das ist wirklich wesentlich. Andere Bereiche: Halbierung der Parteienförderung, gerade in den Ländern. Wenn man über diesen fehlerhaften Föderalismus redet, dann muss man sich einmal anschauen, dass ja im Vergleich zum Bund, die Landesparteien ja überproportional viel Parteienförderungen aus den Steuergeldern bekommen. Ist ja irgendwo auch dann verständlich, dass der Bund immer am Gängelband der Landeskapos geht. So funktioniert es nicht. So kann es nicht funktionieren. Und wir brauchen auch Rechenschaft. Meiner Meinung nach braucht Politik Rechenschaft. Es braucht Zielvorgaben. Und ich bin als Politikerin in der Verantwortung auch Ergebnisse zu liefern und dann politisch dafür verantwortlich zu sein, dass ich sie erreiche.



ANDAS

Wien Anders

Wien

Rat: bestehend aus: KPÖ (3 Sitze), Piraten (2 Sitze), Plattform der Unabhängigen (2 Sitze) und Jugendgruppe (1 Sitz)

SpitzenkandidatIn

2. Listenplatz
3. Listenplatz
4. Listenplatz
5. Listenplatz

Juliana Okropirdise

Dietmar Zach
Ulrike Fuchs
Christoph Ulbrich
Melina Klaus

Wien Anders

Schadinagasse 17, 1170 Wien

organisation@wienanders.at

+43 677 61679575

Ausrichtung	progressiv, egalitär, systemkritisch
Lager Kandidatur	Linke Unterstützungs- erklärungen
Gründung	21.03.2015

Stimmenanteil (2010)	-
Mandate (2010)	-

Höchstes Ergebnis	-
Niedrigstes Ergebnis	-

Website

<http://wienanders.at/>

Parteiprogramm

<http://wienanders.at/ueber-uns/>

Wahlprogramm

<http://wienanders.at/programm/>

Facebook

<https://www.facebook.com/wienandas>

Twitter

<https://twitter.com/wienandas>



Juliana Okropirdise auf meinparlament.at eine Frage stellen: <http://www.meinparlament.at/p/4968/>



Dossier: Juliana Okropirdise auf meineabgeordneten.at
<http://www.meineabgeordneten.at/Abgeordnete/juliana.okropirdise>



Parteibezeichnung kurz	ANDAS
Parteibezeichnung lang	Wien Anders
Mutterpartei Österreich	-
Europapartei	-

Auch wenn die erste Zusammenkunft nicht von großem Erfolg gekrönt war, die gemeinsame Arbeit hat offenbar Spaß gemacht: Nach Europa Anders (einer gemeinsamen Liste aus KPÖ, der Piratenpartei, dem Wandel und Unabhängigen wie Martin Ehrenhauser), tritt man in diesem Jahr in Wien als Allianz der Piratenpartei, der KPÖ, der Plattform der Unabhängigen sowie der Mariahilfer Grünen-Abspaltung “Echt Grün” an.

Mit der 22-Jährigen Juliana Okropiridse liefert Wien Anders auch die jüngste Spitzenkandidatin aller wahlwerbenden Parteien. Während es für die Piraten, die Plattform der Unabhängigen und Echt Grün das erste Wien-weite Antreten bedeutet, kann die KPÖ in ihrer langjährigen Geschichte schon Erfolge vorweisen.

Die liegen zwar schon über 50 Jahre zurück, aber von 1954 bis 1964 war die KPÖ sogar in der Landesregierung vertreten. Ob sie daran anschließen können, wird der Wahltag zeigen.



ANDAS Wahlprogramm Wien 2015 (Auszug)

Wir haben die Wahlprogramme in den Kategorien Arbeit, Bildung, Jugend und Integration analysiert. In einigen Fällen sind diese Themenbereiche jedoch in anderen Kategorien inkludiert. Daher wurden der Vollständigkeit auch weitere Kategorien aufgenommen, aus denen Inhalte entnommen werden können. Vollständige Wahlprogramme finden Sie auf den entsprechenden Webseiten der Parteien.

Soziales

Wien Anders setzt sich für ein bedingungsloses Grundeinkommen ein: dieses „sichere die ökonomischen Bedürfnisse, ohne Menschen zu entwürdigen“. Zudem könnte man so ein “vom Systemdruck befreites Leben führen”. Weiters möchte die Allianz das Arbeitslosengeld erhöhen, Restriktionen gegen Arbeitslose beseitigen, eine Mindestpension sowie eine garantierte Mindestsicherung einführen.

- Bedingungsloses Grundeinkommen
- weitere Transferleistungen wie die Mindestpension sind entsprechend zu erhöhen
- ANDAS fordert kostenlose Arbeitslosen- und SozialanwältInnen
- ANDAS ist gegen Bettelverbote
- ANDAS fordert ein solidarisches Gesundheits- und Pflegesystem mit multiprofessionellen Teams und deren adäquate Entlohnung durch einheitliche Kollektivverträge

Arbeit

ANDAS fordert im Verantwortungsbereich der Stadt Wien als Arbeitgeberin eine sofortige Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden bei vollem Lohnausgleich, einem gesetzlichen Mindestlohn von 12 Euro/Stunde und das Recht auf Arbeit für ZuwanderInnen und Flüchtlinge.

Umwelt/Stadtplanung

In ihrem 12-Punkte-Programm passt ihr Ansatz zu Öffis am besten in diese Thematik: Wien Anders fordert einen Nulltarif für öffentliche Verkehrsmittel, die Realisierung eines Schnellbahn-Rings rund um Wien sowie den Ausbau des City-Bike-Netzes.

- ANDAS fordert den Schutz des öffentlichen Raums vor Privatisierung und Spekulation
- sowie die Befreiung der Stadt von kommerzieller Werbung.

Bildung

Die Forderung für Bildung in Wien lautet: die Gesamtschule soll in Wien kommen, die Wertschätzung des LehrerInnenberufs soll verbessert werden und zudem soll es einen einfachen Zugang zu Wissenschaft und Kultur für alle geben.

Innovation

Wien Anders möchte die Stadt von kommerzieller Werbung befreien. “Die gewonnenen Freiflächen sollen für Kunstwerke und Ankündigungen von öffentlichem Interesse, wie zum Beispiel Kulturveranstaltungen genützt werden“.



Wirtschaft

Wien Anders fordert die Sicherung des öffentlichen Eigentums und will weitere Privatisierungen stoppen. Außerdem: "Schrittweise Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden ohne weitere Flexibilisierung, wobei gleichzeitig die Steuerlast auf Arbeitseinkommen gesenkt werden muss, sodass auch bei weniger Arbeit der Nettolohn gleich bleibt."

Spezielles

Das Cannabis-Verbot kriminalisiert jährlich zehntausende Menschen. Für die Verfolgung von KonsumentInnen wird völlig unnötig Geld verschwendet. ANDAS fordert die Legalisierung von Cannabis und sinnvolle Sucht-Präventionsarbeit.

Politische Entscheidungen fallen momentan hinter verschlossenen Türen, zugleich machen Überwachungskameras uns alle zu Verdächtigen – ANDAS fordert transparente Politik, Budgets, bei denen wir mitreden können, und dass Überwachung und Vorratsdatenspeicherung beendet werden.

Integration

"25 Prozent der Menschen, die in Wien leben und Steuern zahlen, dürfen an Nationalrats- und Gemeinderatswahlen nicht teilnehmen, da sie nicht die österreichische bzw. EU-StaatsbürgerInnenschaft besitzen. Das ist ungerecht – wir fordern deshalb eine ResidenzbürgerInnenschaft, so dass

alle Menschen auch mitbestimmen und wählen können. Die undemokratische 5%-Hürde bei Wahlen muss fallen, damit wirklich jede Stimme gleich zählt."

Menschen, die „aus der Reihe“ tanzen, werden oft erniedrigt und missachtet.

- ANDAS fordert, dass Wien eine Vorreiterinnenrolle als Stadt des Miteinander und der Vielfalt einnimmt. In Wien haben Hass auf Menschen, die von der Norm abweichen, sowie Sexismus und Rassismus keinen Platz.
- In unserer Stadt werden die Rechte der Natur und aller ihrer Lebewesen – Mensch und Tier – anerkannt und geschützt.





Video-Interview auf
neuwal.com/walmanach/wien15/andas

Juliana Okropiridse

„Eine konkrete Maßnahme wäre im Bereich Wohnungen eine Leerstandsabgabe herbeizuführen, so dass es nicht mehr möglich ist, ganz einfach Wohnungen zu kaufen, zu besitzen und dann die leer stehen zu lassen und damit zu spekulieren.“

neuwal.com: Es freut uns, dass wir Frau Okropiridse von Wien Anders beim neuwal Walmanach Interview begrüßen dürfen. Zunächst einmal: Können Sie sich ganz kurz vorstellen, als Person und dann auch ganz kurz Wien Anders vorstellen.

Juliana Okropiridse (ANDAS): Also, wie schon gesagt. Mein Name ist Juliana Okropiridse, ich bin 22 Jahre alt. Und ich bin als ich so 14, 15, 16 war über die NGO-Schiene irgendwie, hab ich zur Politik gefunden. Ich bin dann 2012 der Piratenpartei beigetreten. Und dann im Europawahlkampf haben wir schon ein Bündnis gehabt und sind eben angetreten als Europa Anders. Und jetzt haben wir uns eben zur Wien-Wahl neu formiert als Wien Anders und treten da jetzt zur Wien-Wahl an. Das ist ein sehr buntes, sehr diverses Bündnis mit verschiedenen Leuten, die da mitmachen. Aus verschiedenen Parteien, aber auch Unabhängige, sehr viele. Aus verschiedenen Teilen von Wien, aus verschiedenen Bevölkerungsgruppen und -schichten, aus verschiedenen Arbeitsbereichen. Das find ich sehr schön. Und wir haben es wirklich geschafft, eine breite Menge von Leuten abzudecken, die uns unter-

stützen, aber die auch in unserem Bündnis eine Stimme haben.

Wenn Sie einen Blick auf Wien werfen. Was fällt Ihnen dabei aus: Was läuft gut?

Wien ist eine wahnsinnig schöne Stadt. Es gibt viel Grün in Wien, es gibt viele Möglichkeiten öffentliche Räume zu nutzen. Es gibt viele Möglichkeiten Kultur zu erleben. Es gibt Möglichkeiten, sich zu vernetzen. Es gibt ganz, ganz viele tolle Dinge in Wien, die Wien auch klar von anderen Städten irgendwie unterscheidet.

Und was läuft weniger gut?

Ja, was läuft weniger gut. Ich würd sagen, das Auskommen miteinander läuft gerade nicht so gut. Wie gesagt, Wien bietet viele Möglichkeiten. Aber, diese Möglichkeiten sind eben dann doch wieder nicht für alle Leute - die auch in Wien wohnen - gleichermaßen nutzbar. Es gibt nach wie vor sehr, sehr viel Rassismus und sehr viele Vorurteile gegenüber anderen Personen. Es



herrscht total viel Angst vor Neuem und vor Veränderung. Und das blockiert halt viele Sachen, die sich zum Positiven verändern könnten. Oder, in die andere Richtung geht's eher, dass sich Dinge ins Schlechtere wenden und noch mehr Leute noch mehr Chancen verbockt werden.

Was sind die politischen Ideen von Wien Anders? Was wollt ihr umsetzen?

Die grundsätzliche Vision von Wien Anders - würd ich sagen - ist Wien zu einer Stadt für alle Menschen zu machen. Für alle Menschen, die in Wien leben. Ganz unabhängig von der Herkunft, ganz unabhängig wie lange sie schon in Wien leben. Wir wollen Wien zu einer Stadt machen, die für alle Menschen, die hier wohnen, hier wohnen wollen und hier arbeiten oder auch nicht arbeiten wollen, gleichermaßen nutzbar machen. Das ist unsere Vision.

Eine konkrete Maßnahme wäre im Bereich Wohnungen eine Leerstandsabgabe herbeizuführen, so dass es nicht mehr möglich ist, ganz einfach Wohnungen zu kaufen, zu besitzen und dann die leer stehen zu lassen und damit zu spekulieren. Sondern, dass Leute motiviert werden ihre Wohnungen zu vermieten, da ja wie wir alle wissen, das Wohnen ein Problem ist in Wien. Es gibt zu viele Leute die keine Wohnung finden können. Oder zu viele Leute, die zu viel für ihre Wohnung zahlen müssen. Das wäre ein klarer Punkt, wo man dafür sorgen könnte, dass mehr Leute sich in Wien wohlfühlen können und ihren Dingen nachgehen können, ohne sich Sorgen zu machen, darüber, wo sie eigentlich wohnen könnten.

Das zweite wäre irgendwie bei der Bildung anzusetzen. Dass man das Bildungssystem mehr an die heutige Zeit anpasst. Dass man sagt: So, liebe Kinder, ihr lernt jetzt Dinge, die euch aufs Leben vorbereiten. Ihr lernt wie ihr miteinander auskommen könnt, ihr lernt, wie ihr euch informieren könnt. Und ihr lernt, wie ihr Wien am besten nutzen könnt als eure Stadt. Und so gibt es in jedem Bereich so kleine Dinge, wo man

anfangen könnte und müsste, um was zu verbessern und für alle gerechter zu machen.

Ein weiterer großer Punkt wäre eben das Einkommen. Erstmal muss man dafür sorgen, dass der Gender Pay Gap sich vermindert oder ganz auflöst, das ist nach wie vor so, dass in Wien und auch Leute, die bei der Stadt Wien angestellt sind, dass da Frauen viel weniger verdienen als Männer, obwohl sie den gleichen Job machen und auch den gleichen anstrengenden Job machen und eine gleich anstrengende Aufgabe für die Gesellschaft leisten, dass sie einfach weniger verdienen.

Wie wollt ihr eure Punkte und Ideen umsetzen?

Das ist eine Sache, wo man auch gleich jetzt morgen ansetzen könnte. Unser Ansatz ist ganz einfach: Wir wollen allen Leuten, die sich in Wien befinden, ein schönes Leben bieten. Weil wir das auch können. Weil wir der Meinung sind, dass Wien eine Stadt ist, die dazu fähig ist. Wir sind eine reiche Stadt, wir haben viele Möglichkeiten, wir haben eigentlich auch viel Platz. Und unser Ansatz ist, alle Leute, die hier sind, die sollen es auch schön haben und gut haben. Sie sollen nicht in Zelten irgendwo leben müssen und dann zu einem politischen Diskussionspunkt gemacht werden, obwohl das gar nicht nötig wäre. Also die Plätze gibt es ja für die Leute um zu wohnen. Man muss da nicht künstliche Zeltstädte herbeischaffen, während man andere Häuser zusperrt.

Wie seht ihr Wien in 20 Jahren?

Also ich muss gestehen, wir haben einige sehr visionäre... einige Punkte, die man erst in späterer Zukunft direkt umsetzen kann, z.B. das BGE (Bedingungsloses Grundeinkommen) ist so ein Punkt. Da wäre unsere erste Maßnahme aber eine Studie in Auftrag zu geben, die erforschen soll, ob das BGE in Wien und Österreich umzusetzen wäre. Wir sind da klar der Meinung: Ja. Aber natürlich muss da erst Forschung betrie-



ben werden. Das wäre zum Beispiel ein Punkt, der in diese Richtung gehen würde. Das zweite wäre dann z.B. vom Gender Pay Gap, von dem ich schon erzählt habe, könnte die Stadt Wien, die ja auch Arbeitgeberin ist für sehr, sehr viele Leute, mit gutem Beispiel vorangehen und sagen: So, wir bezahlen ab jetzt Frauen und Männer immer gleich. Und dann können sich alle ein Beispiel daran nehmen. Und können das in ihren Firmen und als Arbeitgeber oder Arbeitgeberinnen so auch umsetzen.

Ich denke, es gibt ein paar Dinge, die sollten sich nicht verändern. Zum Beispiel, dass es viele öffentliche Plätze gibt, die man konsumfrei als Bürger und Bürgerinnen in Wien nutzen kann. Die sollten auf keinem Fall weiter verbaut werden. Und auf keinem Fall weiter zugesperrt werden mit Werbung. Ein öffentlicher Raum soll wirklich ein Raum sein, wo man sich hinsetzen kann, ohne irgendwas kaufen zu müssen und ohne von jeder Seite von einem Plakat oder einer Videowand beschallt zu werden. Das soll auf jeden Fall so bleiben.

Es soll sich der Umgang miteinander verändern. Es soll so sein, dass sich jede Person, die in Wien wohnt, jede andere Person, die in Wien wohnt, irgendwie als gleichwertigen Menschen ansieht. Dass da nicht aufeinander herabgeschaut wird und vor allem nicht, dass da mit dem Leben und dem Einkommen von Leuten spekuliert wird.

Eine Vision von neuwal.com ist: „Making politics a better place“. Was können Sie zu einer bspw. besseren politischen Kultur beitragen?

Also uns ist sehr wichtig, dass in der Politik möglichst viele Leute mitsprechen. Und vor allem, dass man möglichst vielen Leuten ihre Expertise in gewissen Bereichen anerkennt. Mir ist klar, oder uns ist klar, dass nicht jede Person sich mit jedem Thema auskennen kann und will und muss und das ist ja auch richtig so. Aber z.B. im Bildungsbereich, da kann man Leute fragen, die selber noch in der Bildung stecken oder Lehrerinnen sind und die wissen dann eh einen guten Rat. Man sollte die Leute befragen, die in dem jeweiligen Bereich, die sich auskennen. Und allgemein wie Demokratie gemacht wird und wie Entscheidungen getroffen werden, da sollte man eher auf die Leute zugehen und ihnen die Möglichkeit bieten, ihre Meinung kundzugeben und vor allem auch ihre Expertise und ihre Kenntnisse in gewissen Bereichen kund zu geben.

Weil wenn immer irgendwelche Leute, die sich mit Themen nicht auskennen und nie beschäftigt haben sich ihre Meinung zu irgendwas bilden oder denken, eine gute Entscheidung zu treffen, dann kann das nicht funktionieren. Weil die Leute, die selbst betroffen sind, sind immer die, die auch am besten wissen, wie man ihnen weiterhelfen kann.



WWW

Wien

Obmann
Stv.

Heinz Pollischansky
Marko Stijaković

Spitzenkandidat(In)

2. Listenplatz
3. Listenplatz
4. Listenplatz
5. Listenplatz

Heinz Pollischansky
Marko Stijakovic
Dietmar Schwingenschrot
Franziska Wachter
Cyril Radlher

Ausrichtung
Lager
Kandidatur
Gründung

Rechtsliberal
Wirtschaftsliberal

Wahlvorschlag
17.04.1945

Stimmenanteil (2010) -
Mandate (2010) -

Höchstes Ergebnis -
Niedrigstes Ergebnis -

c/o Heinz Pollischansky
Gersthoferstraße 51, 1180 Wien

info@wir-wollen-wahlfreiheit.at

Website

<http://www.wir-wollen-wahlfreiheit.at/>

Parteiprogramm

<http://www.wir-wollen-wahlfreiheit.at/themen/>

Wahlprogramm

<http://www.wir-wollen-wahlfreiheit.at/themen/>

Facebook

<https://www.facebook.com/WWW-Liste-Pollischansky-1637328159884113/t>

Twitter

<https://twitter.com/WahlWww>



Heinz Pollischansky auf meinparlament.at eine Frage stellen

<http://www.meinparlament.at/p/7438/>



Parteibezeichnung kurz	WWW
Parteibezeichnung lang	WWW - Wir wollen Wahlfreiheit
Mutterpartei Österreich	-
Europapartei	-

WWW steht für „Wir wollen Wahlfreiheit“ und drückt damit aus, dass die Liste in Wien mehr direkte Demokratie und damit die Beteiligung des Bürgers in wichtigen Fragen des Zusammenlebens in der Stadt anstrebt. Der Bürger soll aber auch wieder zu seinem Recht kommen, weshalb wir eine gute Symbiose zwischen Demokratie und Rechtsstaat anstreben. Die Menschen sollen ihre Stadt zurückbekommen, die ihnen von Parteien, Wohnbaugenossenschaften und Interessensverbänden weggenommen wurde. Diese glauben Wien gehört ihnen und nehmen keine Rücksicht auf den Willen der Bürger und ihre Rechte. Der selbstbestimmte Bürger steht bei uns im Vordergrund und nicht die Obrigkeit oder das Parteiensystem.

Die Liste schaffte durch die Unterschrift von Team Stronach-Nationalratsabgeordneten den Einzug auf den Stimmzettel und kandidiert landesweit. Spitzenkandidat ist der Gastronom Heinz Pollischansky. Unterstützt wird er von BZÖ-Funktionären und -Politikern.



WWW Wahlprogramm Wien 2015 (Auszug)

Arbeit und Wirtschaft

Das Hauptaugenmerk muss darauf liegen, vorhandene Arbeitsplätze nicht abzubauen, sondern einzubehalten. Gerade das neue Nichtrauchergesetz wird unzählige Gastronomen in die Knie zwingen. Dabei gehen Arbeitsplätze unwiederbringlich verloren. Eine vernünftige Gesetzgebung zum Wohle der Bürger - und vor allem getragen vom Bürger - stellt hierbei nur einen Lösungsvorschlag dar. Darüber hinaus ist eine solide Bildung der beste Schutz vor Arbeitslosigkeit.

Umwelt

WWW setzt sich gegen Lebetiertransporte ein. WWW stellt auch in Frage, ob man sich in persönlichen Lebensgewohnheiten einschränken lassen soll (Rauchergesetz).

Bildung

Hier ist es wichtig, dass alle Parteien an einem Strang ziehen und erkennen, dass die Grundvoraussetzung für ein solides Fundament in der Arbeitswelt, das Beherrschen der deutschen Sprache ist. Wir wollen mit Initiativen auf nachlässige Bildungseinrichtungen aufmerksam machen und den Lehrkörper in die Pflicht nehmen. Wer die deutsche Sprache gut beherrscht, dem bieten sich auch Chancen. In der Sprache werden schließlich nicht nur Geschäfte abgewickelt, sondern auch Kultur und Werte vermittelt.

Jugend

Wien ist eine hervorragende Stadt, doch wenn es um die Möglichkeiten und Chancen für

junge Menschen geht, so herrscht seit Jahren starker Nachholbedarf. Junge Menschen brauchen realisierbare Ziele und Visionen. Darüber hinaus ist es vorrangig, am Beginn der Existenzgründung, ein adäquates Einkommen und eine leistbare Wohnung in der Stadt zu finden. Daher unsere Vorschläge bezüglich gedeckelter Gemeindewohnungen oder das Startpaket für junge Wiener und Wienerinnen.

Freiwilligenarbeit ist für eine politische Partei existenziell. Vielen mangelt es jedoch an der nötigen Würdigung. Stolz könne nicht im faltenfreien weißen Hemd aus dem Fernsehgerät neoliberale Gstanzl predigen, stünde hinter ihm kein Freiwilligenheer. Gleichsam verspottet man Volontäre, indem man Kuchen anbietet und Profis fordert. Für uns ist es wichtig, dass wir keine Versprechen machen, aber dennoch klarstellen, dass sich Fleiß in einer jungen Organisation wie WWW bezahlt machen wird.

Integration (Vielfältigkeit)

Diskriminierungen aller Art sind abzulehnen, ob positiv oder negativ. Darüber hinaus vergisst man auch leicht die Altersdiskriminierung, die inzwischen zum wesentlichen Detail im Berufsalltag geworden ist. Hierbei schützen Maßnahmen, die informieren sollen, inwiefern man von der Diversität profitieren kann. Wir lehnen Benachteiligung oder Bevorzugung von Geschlechtern, Religionen oder sonstigem ab und fordern - im Bereich Job und Karriere - qualifikationsorientierte Entscheidungskriterien.

Oft sind es gerade polarisierende Themen, politische Akteure oder ein ausgeprägter Gerechtigkeitssinn, der Menschen dazu bringt, sich politisch zu engagieren. Leider resignieren dabei viele junge Menschen, da sie befürchten, ohnehin nichts bewirken zu können. Die-



ses Bild vermittelt wahrscheinlich die derzeitige Politik unseres Landes. Hier setzen wir an, da wir mit der Forderung nach mehr direkter Demokratie - nach Schweizer Vorbild -, die Entscheidung in die Hände der Bürger legen werden.

Das Thema Asyl darf nicht ohne das Miteinbeziehen der österreichischen Bevölkerung entschieden werden. Gerade das Durchgriffsrecht zeigt uns das sehr deutlich. WWW - Wir wollen Wahlfreiheit fordert daher, dass über Lösungsvorschläge, die das gesellschaftliche Zusammenleben dermaßen stark manipulieren, Abstimmungen abgehalten werden sollen. Darüber hinaus kann unser Vorschlag nur der sein, dass die Verursacher und Profiteure des Unfriedens in den Herkunftsländern in der Lösung der Asylfrage zuerst zum Zug kommen. Wenn sich die Vereinigten Staaten - als Land mit 320 Millionen Einwohner - im Jahr 2016 dazu bereit erklären, lediglich 8.000 Flüchtlinge aufzunehmen, hätten wir unser moralisches Soll ohnehin längst erfüllt.

Spezielles

Direkte Demokratie

Hauptthema ist: Dass BürgerInnen alleine die Themen definieren- und selbst entscheiden können!

Jeder Einzelne von uns ist gefragt, sich einzubringen. Die BürgerInnen müssen mehr direkte Mitbestimmung bekommen.





Video-Interview auf
neuwal.com/walmanach/wien15/www

Heinz Pollischansky

„Es gibt viele, die nicht wählen, weil sie sagen, es ändert sich ja eh nichts. Wir sagen, wenn wir drankommen, ändert es sich.“

neuwal: Herr Pollischansky, es freut uns sehr, dass Sie sich für das walmanach Interview Zeit genommen haben. Zunächst möchte ich Sie bitte, sich kurz vorzustellen und dann die Partei in wenigen Worten zu beschreiben.

Heinz Pollischansky (WWW): Mich auch. Mein Name ist Heinz Pollischansky. Ich bin, wie sie wissen, Gastronom. Habe in kürzester Zeit - damals das Raucher - die Raucher unterstützt, dass in der Gastronomie alles so bleibt wie es ist. Also, dass Raucher und Nichtraucher die gleichen Rechte haben. So wurde ich bekannt. Mit 350.000 Unterschriften haben wir doch eine Menge gesammelt. Und aus dem hat sich dann unsere Partei entwickelt, weil wir da nicht gehört wurden. Jetzt sind wir die Partei WWW und wollen hier nicht nur das eine Thema, sondern viele andere Themen behandeln und für das Volk aushandeln.

“Wir wollen Wahlfreiheit”. “Wir wählen weiß” können Sie auch sagen, weil das ist unsere Parteifarbe. Ich habe mit vielen Freunden darüber diskutiert und so haben wir WWW entwickelt.

Was läuft gut in Wien?

Gut läuft, dass alle Parteien, ich würde sagen ausnahmslos alle, einen guten Kern und immer wieder gute Themen haben. Ja, ich, ich, ich finde, dass... unsere Architektur sehr gut und dass es gepflegt wird. Dass wir wirklich darauf schauen, dass diese Weltstadt Wien und wir sind ja mehrere Male als schönste Stadt der Welt gekürt worden, und ich muss schon sagen, da wird wirklich darauf geachtet und das gefällt mir auch gut. Auch immer wieder Organisationen oder Veranstaltungen wie vor dem Rathaus, das sind schon ganz tolle Sachen.

Was läuft nicht so gut in Wien?

Schlecht läuft, dass wenn eine Partei eine gute Idee hat, die anderen Parteien automatisch - auch wenn es gute Themen sind - dagegen sind. Weil die Ideen eben von einer anderen Partei sind. Und das sehe ich überhaupt nicht gerne. Weniger gut läuft, dass wir sehr viele Arbeitslose haben. Es wurde eine Politik gemacht, unter welcher jetzt die Leute, die noch Arbeit haben,



auch noch arbeitslos werden. Also man liest in den anderen, bei den anderen Parteien, sie wollen mehr Arbeitskräfte, sie wollen Arbeitsplätze schaffen. Wir sagen - und ich sage - auch hier speziell: schaffen ist toll, aber die, die jetzt sind, sollen wir nicht vernichten.

Was sind Eure politischen Ideen?

Wir haben also eine ganz klare Aussage und wir haben ein einziges Wahlversprechen. Nicht wie alle anderen Parteien. Wir haben ein einziges und das heißt: Wir wollen, dass der Bürger innerhalb dieser fünf Jahre immer wieder die Möglichkeit hat, die Politik auszubessern. Das heißt, wenn sich ein Bürger mit einem Thema wirklich befasst und 25.000 weitere Mitkämpfer findet, dann sind das so viele Leute. Die gehören gehört. Und unser einziges Versprechen ist - sollten wir irgendwie mitreden dürfen -, das wir die Partei, die mit uns das macht, dazu überreden müssen, dass wirklich die Wahlfreiheit, siehe Schweizer Modell, ganz wichtig ist und das durchgesetzt wird.

Wie wollt Ihr Eure Ideen umsetzen?

Wir sind eine kleine Partei, aber wir glauben, dass wir sehr, sehr viel Bürger davon überzeugen können, wenn wir drankommen. Darum freuen wir uns über dieses Interview sehr. Und wenn die Leute... es gibt ja niemanden, der sagt, er will nicht wählen. Es gibt viele, die nicht wählen, weil sie sagen, es ändert sich ja eh nichts. Wir sagen, wenn wir drankommen, ändert es sich. Denn du kannst das persönlich ändern und ich glaube, das ist ganz wichtig, dass der Bürger bei vielen Themen... wir durften ja nur einmal wählen, als das Thema „Zwentendorf“ war. Da hat man ja richtig gesehen, dass es geklappt hat. Es gibt viele, viele Themen, wo das Volk gar nicht so dumm ist, wie die anderen Politiker alle sagen.

Vision: Wie soll Wien in 20 Jahren aussehen?

Wenn wir dabei sind oder wenn wir nicht dabei sind? Also wenn wir dabei sind, sehen wir Wien und natürlich weiter Österreich demokratischer. Das heißt, wir können wirklich mitentscheiden und dadurch ist es uns eigentlich egal, das wäre sehr spannend, es muss uns dann egal sein, welche Regierung dann an der Macht ist, weil das Volk jede Regierung, es ist egal welche Partei, ausbessern kann, wie ich es schon gesagt habe.

Darum sehe ich das sehr, sehr positiv. Wenn das nicht passiert, haben wir die große Angst, dass immer mehr Arbeitslose kommen. Das sagt uns die Geschichte und das würde ich jetzt betonen: zu viele Arbeitslose führt irgendwann zu einem Krieg. Und das wäre für uns das Schlimmste. Ob das ein Wirtschaftskrieg ist oder wirklich einer mit Waffengewalt, beides brauchen wir in Österreich und Wien nicht. Und darum, bitte bitte liebe andere Politiker, schaut, lasst das Volk mitreden. Die sind schon gescheiter als ihr denkt.

Die Vision von neuwal ist ja „Making Politics a better place“. Was könnt ihr zu einem besseren politischen Klima bzw. zu einer konstruktiven politischen Kultur beitragen?

Also wir wollen hier ja, das ist sehr schwierig. Ich weiß schon, dass viele Politiker viele Themen haben, die sie nach der Wahl ja eh nicht einhalten. Wir haben nur ein Thema, mit dem Thema alle anderen Themen und egal wo sie, wo es hinwollen. Wir haben zum Beispiel dieses Thema auch nicht nur das Rauchen in der Gastronomie, um die weiteren Arbeitsplätze zu schützen. Nein, wir haben auch das absolut wichtige Thema für uns. Und das ist der Tierschutz.

Wir sehen überhaupt nicht ein, warum Schlachtvieh durch Österreich, Europa geführt werden muss und dann auf einem billigen Schlachthof abgeschlachtet zu werden. Stress pur. Wir sagen: Schlachtvieh zum ersten Schlachthof und dann tiefgekühlt durch die ganze Welt. Und das ist zum Beispiel ein Thema, aber eines von



vielen. Und eines muss ich noch sagen, auch wenn es jeder Politiker abstreitet... Für uns ist es wichtig, dass das Bargeld bleiben muss. Und wenn wir wählen dürfen und wenn es wirklich die Politiker einmal abdrehen wollen, wenn das so gewesen wäre, wäre Griechenland wahrscheinlich verhungert. Gott sei dank sind sie über die Runden gekommen. Wenn nur mehr die Banken unser Geld haben, dann kann ich jetzt schon sagen: dann haben wir ein Riesenproblem. Und vorsorglich ist natürlich unser Wunsch, mitreden zu dürfen.





GFW

Gemeinsam für Wien

Wien

Obmann

Saim Akagündüz

Spitzenkandidat(In)

**Turgay Taskiran
Madge Gill Bukasa
Stephan Unger
Ditutu Bukasa
Anatolj Volk**

2. Listenplatz
3. Listenplatz
4. Listenplatz
5. Listenplatz

Ausrichtung
Lager
Kandidatur
Gründung

**noch unklar
noch unklar
Unterstützungserkl.
01.07.2015**

Stimmenanteil (2010) -
Mandate (2010) -

Höchstes Ergebnis -
Niedrigstes Ergebnis -

GFW Gemeinsam für Wien
Allaudagasse 18; 1100 Wien

gemeinsamfuerwien@outlook.com
+43 650 692 32 22

Website

<http://gfw.wien>

Parteiprogramm

<http://gfw.wien/listen-programm>

Wahlprogramm

<http://gfw.wien/listen-programm>

Facebook

<https://www.facebook.com/listegemeinsamfuerwien>

Twitter

<https://twitter.com/gfwien>



Turgay Taskiran auf [meinparlament.at](http://www.meinparlament.at) eine Frage stellen
<http://www.meinparlament.at/p/7436/turgay-taskiran/>



Dossier: Turgay Taskiran auf [meineabgeordneten.at](http://www.meineabgeordneten.at)
<http://www.meineabgeordneten.at/Abgeordnete/turgay-taskiran>



Parteibezeichnung kurz	GFW
Parteibezeichnung lang	Gemeinsam für Wien
Mutterpartei Österreich	-
Europapartei	-

“Türken-Partei” - Schon kurz nach der Ankündigung des geplanten Antritts zur Wienwahl bekam “Gemeinsam für Wien” diesen Titel verpasst. Dabei bezieht man sich aber nicht auf die Herkunft des Spitzenkandidaten Turgay Taskiran, sondern vor allem auf die Unterstützung, die diese Partei laut einigen Medien erhält: Die Union Europäisch-Türkischer Demokraten (UETD), die der AKP des konservativen türkischen Präsidenten Recep Erdoğan nahe steht, soll GfW unterstützen. In einer Presseaussendung fordert Taskiran jedoch eine Richtigstellung: “Dr. Taskiran hat seit 2013 keine aktive Verbindung zu dem in Wien ansässigen Verein UETD. Mit der Neuorientierung der UETD seit 2013 hat Dr. Taskiran sämtliche seiner Funktionen in dieser Organisation abgelegt, weil er stets für eine offene Gesellschaft eintritt.”

Ähnlich wie Wien Anders soll Gemeinsam für Wien eine Allianz sein: Taskirans Partei wird gemeinsam mit der „RumänInnen Partei“ als auch mit der Piraten-Abspaltung „Robin-Hood-Liste“ antreten. Auch ein ehemaliger ÖVP-Bezirksrat, Stephan Unger, tritt diesmal für GfW an, auf einem der vorderen Plätze.



GFW Wahlprogramm Wien 2015 (Auszug)

Wir haben die Wahlprogramme in den Kategorien Arbeit, Bildung, Jugend und Integration analysiert. In einigen Fällen sind diese Themenbereiche jedoch in anderen Kategorien inkludiert. Daher wurden der Vollständigkeit auch weitere Kategorien aufgenommen, aus denen Inhalte entnommen werden können. Vollständige Wahlprogramme finden Sie auf den entsprechenden Webseiten der Parteien.

Soziales

Jeder Haushalt soll 50 Euro mehr erhalten - GfW setzt sich für die Abschaffung der GIS-Gebühren ein. Für Frauen soll es mehr Frauen- und Dialog-Räume geben. Die 24-Stunden Kinderbetreuung für z.B. Notfälle "muss her!". Ebenso soll für behinderte Menschen der Barriere-Abbau forciert werden.

Arbeit

"Es sollen mehr Arbeitsplätze in der modernen Industrie, in Handel und Handwerk und in der Dienstleistungsbranche geschaffen werden und bestehende erhalten bleiben. Es sollen Kooperationen des öffentlich rechtlichen Arbeitsamtes mit Unternehmen zur Schaffung von längerfristigen Praktikumsplätzen für eine praxisnahe Aus- bzw. Fortbildung eingegangen werden. Vom AMS sollten gezielte Instrumente zur Eingliederung der Jugendlichen in den Arbeitsmarkt geschaffen werden".

Umwelt

"Gemeinsam für Wien" fordert mehr autofreie Räume und 30 km/h Zonen, welche einerseits die Nachtruhe und andererseits die Sicherheit gewährleisten sollen. Außerdem möchte man mehr "unterführte Autostraßen, damit uns ander Oberfläche mehr Wohlfühl-Lebensraum bleibt."

Bildung

"Gemeinsam für Wien" möchte, dass die Stadt "mehr Kindergartenbetreuungsplätze und eine gute Bildung gewährleistet". "Alle SchülerInnen sollen Ihre Schul-, Lehr- und Studienabschlüsse, vor allem auch die Matura, erreichen. Außerdem fordert man die Senkung der Anzahl der Kinder mit nichtdeutscher Muttersprache in Sonderschulen.

Innovation

Im Wahlprogramm von GfW findet sich kein dezidierter Punkt zum Thema "Innovation."

Jugend

"Mit stärkeren Beratungskampagnen soll präventiv (Nikotin, Alkohol) bei Jugendlichen angesetzt werden und wertvolles Wissen über Ernährung, Bewegung und Sport für StädterInnen soll gefördert werden. Diese Angebote sollen möglichst mehrsprachig sein. "

SeniorInnen

GfW setzt sich für eine Anhebung der Mindestpensionen auf 1.200 Euro ein.

Wirtschaft

Kleine und mittelständische Unternehmen "sollen durch bürokratische Vereinfachung unterstützt werden". Weiters soll die Wirtschaft in den Zukunftsbranchen Biotechnik, Medizintechnik, Kommunikationstechnologie, Energie-



technik, Tourismus und Kreativwirtschaft gefördert und gestärkt werden. “Die homogene Ideologie des Wirtschaftswachstums muss im Kontext der Geschichte und Gegenwart des Kapitalismus zugunsten einer menschenwürdigen Verteilungsökonomie hinterfragt werden.”

Spezielles

GfW fordert, dass “Drittstaatsangehörige, die ihren Lebensmittelpunkt zum Zeitpunkt des Stichtags einer Wahl seit 5 Jahren in der Region (Wien) haben” wahlberechtigt sein sollen.

Integration

“Wir arbeiten dafür, dass Wien eine aufrichtige Willkommenskultur pflegt, deren Werte - fremde Kulturen schätzen, Vielfalt als Reichtum erkennen und Schutz der Religionsfreiheit - sich in interessanten Konzepten, Projekten, Werken und Veranstaltungen widerspiegeln.”





Video-Interview auf
neuwal.com/walmanach/wien15/gfw

Turgay Taskiran

„Ich sehe Wien in 20 Jahren als eine Weltmetropole, die weltoffen und offen für alle Menschen ist.“

neuwal: Es freut uns, dass Herr Taskiran von der Liste „Gemeinsam für Wien“ Zeit gefunden hat für das walmanach-Interview. Zunächst möchte ich Sie bitten, sich und Ihre Partei kurz vorzustellen.

Turgay Taskiran (Gemeinsam für Wien): Also mein Name ist Dr. Turgay Taskiran, ich bin Arzt für Allgemeinmedizin und habe meine Ordination in Simmering als Kassenarzt. Ich bin in Mödling geboren und in Favoriten aufgewachsen.

Die Liste „Gemeinsam für Wien“ ist eine neue politische Bewegung, die manche Sachen verändern will. Dass man sich gegenseitigen Respekt zeigt, miteinander redet und schaut, dass man die Probleme für die Zukunft gemeinsam löst. Es hat keinen Sinn gewisse Gruppen auszugrenzen und Hass zu schüren, sondern man muss gemeinsam an einer besseren Zukunft arbeiten, mit allen Bevölkerungsschichten, mit allen, die bis jetzt nicht in der Politik vertreten waren.

Die sollten auch vertreten werden und wir sollten es schaffen, das Unsichtbare sichtbar werden.

Wenn Sie die politische Situation in Wien betrachten, zunächst was fällt Ihnen da auf, was läuft gut?

Man darf nicht leugnen, dass Wien eine der lebenswertesten Städte der Welt ist. Also wir haben ein sehr gutes Wasser, ein sehr gutes öffentliches Verkehrsnetz. Wien ist im Vergleich zu anderen Städten eine sichere Stadt. Also wir haben eine sehr gute Grundbasis in Wien. Aber man sieht, wenn man auf der Straße geht, dass die Menschen unzufrieden sind mit der momentanen politischen Situation.

Dass Hass geschürt wird, dass Fremdenhass existiert, das ist eigentlich das Hauptproblem. Und dass die politischen Parteien mehr an ihrem Machterhalt interessiert sind als an den Problemen der Menschen.

Weil wir wollen, dass Wien wieder eine moderne Weltmetropole wird, wie sie es früher auch war. Und um das zu schaffen, müssen wir in neue Technologien investieren, eine modernere Stadt schaffen.



Was läuft weniger gut?

Schlecht ist zum Beispiel die Parkplatzproblematik in Wien, also dass in manchen Bezirken in Wien wirklich sehr schwer ein Parkplatz zu finden ist. Auch die hohen Mieten zum Beispiel.

Was sind nun ausgehend von diesen Überlegungen Ihre Visionen und Ideen für Wien?

Also, dass man eine Basis schafft, dass alle die gleichen Chancen haben. Das beginnt bei der Bildung. Dass man das Bildungssystem reformiert und erneuert. Das beginnt bei der Ausbildung der Lehrer. Es ist eine Tatsache, dass der Anteil der Migranten in der Stadt steigt und deswegen muss man die Lehrer auch so ausbilden, dass sie multikulturell kompetent sind, dass sie sich multikulturell auskennen.

Dass der Beruf des Lehrers eine Berufung ist und nicht ein Beruf, sondern eine Berufung. Dass sie wirklich versuchen...also Kinder sind unsere Zukunft, dass sie gut ausgebildet werden. Das ist unser Hauptthema.

Natürlich Wohnen, dass da viel mehr soziale Wohnungen geschaffen werden für sozial Schwache. Weil die Mieten halt irrsinnig stark angestiegen sind in den letzten Jahren. Und das Thema Inklusion, Diversität. Dass man das schafft, dass wirklich alle Bevölkerungsgruppen, alle Migrantengruppen auch vertreten sind, politisch vertreten sind. Dass man da wirklich schaut, dass sie sich aktiv politisch in dem ganzen Prozess beteiligen.

Ideen sind gut, entscheidend ist aber immer die Frage der Machbarkeit und der Umsetzung. Also wie wollen Sie diese Ideen letztlich umsetzen und realisieren?

Also die Gründung unserer Liste ist schon einmal der erste Schritt zur Umsetzung unserer Ideen. Natürlich, wir sind eine neue politische Bewegung, wir haben einen langen Weg zu gehen. Wir haben schon einige Ideen, wie wir

das machen können, aber ein Teil wird sich auch noch entwickeln.

Wagen wir noch einen Blick in die Zukunft: Wo sehen Sie Wien in 20 Jahren?

In 20 Jahren sehe ich Wien als eine Weltmetropole, die weltoffen und offen für alle Menschen ist. Wo es keine Armut mehr gibt, wo man das Problem der Armut gelöst hat. Weil es ist ja nicht nur, dass Menschen die aus dem Ausland kommen, hilfsbedürftig sind. Es gibt ja in der Stadt selbst Menschen, die hilfsbedürftig sind, die obdachlos sind und die durch das soziale Netz durchgefallen sind. Dass man dieses Problem gelöst hat, dass man friedlich zusammenleben kann und wo alle eingeschlossen sind, es keine Ausgrenzungen und auch keine Parallelgesellschaften gibt.

Unser Motto bei neuwal lautet „Making Politics a better place“- was können Sie dazu beitragen?

Also, dass man wieder die Ehrlichkeit und Glaubhaftigkeit als Politiker zurückgewinnt. Also ich bin kein Berufspolitiker, vor drei Monaten hätte ich nie gedacht, dass ich in die Politik einsteigen werde. Aber ich möchte es anders machen wie es bis jetzt gemacht worden ist. Ich möchte glaubhaft wirken und sein, das wäre sehr wichtig. Dass man wieder die Menschen gewinnt, gute Menschen, also glaubwürdige Menschen für die Politik gewinnt und dass man wieder ein Vertrauen in die Politik hat.

Das größte Problem momentan ist, dass das Vertrauen der Bevölkerung in die Politik sehr angebrochen ist und auch das Vertrauen der Politik gegenüber seinen Mitbürgern und seinen Staatsbürgern. Dass man überall versucht, zu kontrollieren und überall den Kontrollzwang einzuführen. Das sollte nicht sein, es sollte ein gegenseitiges Vertrauen da sein. Die Mitbürger sollten dem Staat vertrauen und der Staat sollte den Bürgern vertrauen.



walmanach Wien 2015

Redaktion	Jürgen Klatzer Wolfgang Marks Dieter Zirnig
Wahlprogramme	Dominik Leitner (ANDAS, FPÖ, SPÖ) Wolfgang Marks (GRÜNE, ÖVP) Dieter Zirnig (GFW, NEOS, WWW)
Interviews	Wolfgang Marks Dieter Zirnig
Aufnahme und Produktion	Dieter Zirnig

neuwal.com
Verein zur Förderung politischer Bildung und Online Journalismus
c/o IMPACT HUB Vienna
Lindengasse 56, 1070 Wien

+43 676 4965959
info@neuwal.com

Stand: 02.10.2015